

U*i*D

14/1999

12. Parteitag der
CDU in Erfurt



**Europa
muß man
richtig
machen.**

Wolfgang Schäuble und
Volker Rühe:
Die Wählerinnen und Wähler
werden am 13. Juni
darüber entscheiden.

Edmund Stoiber:
Rot-Grün und
PDS machen
Politik von
gestern. CDU
und CSU gehört
die Zukunft. Rede
und Grußwort
des CSU-
Vorsitzenden
und bayerischen
Minister-
präsidenten.
Seite 30-45

25. - 27. April



äuble

„Ein vorzeigbares Ergebnis und ein voller Erfolg“ – so lautet die Bilanz des 12. Parteitags in Erfurt, die Wolfgang Schäuble gezogen hat. Der Parteivorsitzende, Generalsekretärin Angela Merkel und Bundesgeschäftsführer Willi Hausmann können zufrieden sein: Organisatorische Vorbereitung und Durchführung, Regie und Ablauf des Parteitags haben geclappt.

HEUTE AKTUELL

● Günter Rinsche:

Wir wollen Europa richtig machen. Wir können Europa richtig machen. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments. Seite 4-9

● Volker Rühle:

Die Europäische Union muß handlungsfähig, transparent, effizient und bürgernah sein. Rede zur Einführung des Leittrags „Europa muß man richtig machen“. Seite 10-18

● Edmund Stoiber:

Rot-Grün und PDS machen Politik von gestern. CDU und CSU gehört die Zukunft. Grußwort und Rede des CSU-Vorsitzenden und bayerischen Ministerpräsidenten. Seite 30-45

● Wolfgang Schäuble:

Vertrauen und Verlässlichkeit schaffen bei den Bürgern die Bereitschaft, unsern Weg mitzugehen. Aus dem Schlußwort des Parteivorsitzenden. Seite 46-50

● Beschlüsse

Die sonstigen Beschlüsse des 12. Parteitags von Beschluß-Nr. C0 bis C31 mit dem Beschluß zum Initiativantrag Nr. 5 zur gesetzlichen Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse und der sog. Scheinselbständigkeit. Seite 22-24

● Europa

Hans-Gert Pöttering und Peter Hintze zum Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrags am 1. Mai: Ein großer Schritt nach vorn. Seite 9

Die wichtigsten Bestimmungen des EU-Reformvertrags von Amsterdam. Seite 19-21

● Vertreibung

Jürgen Rüttgers: Die Flüchtlingsströme aus dem Kosovo nicht einseitig nach Deutschland lenken. Seite 25

● Konjunktur

Friedrich Merz und Gunnar Uldall zum Frühjahrsgutachten der deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute: Die Regierung verspielt die Chancen für mehr Beschäftigung. Seite 26-27

● Medien

Bernd Neumann: Gebührenerhöhung für ARD und ZDF um fast 20 Prozent ist völlig inakzeptabel. Seite 28

● Junge Union

Sonderbestell-Liste der Werbemittel für die Europawahl. Seite 52-53

● Öffentlichkeitsarbeit

Info-Material zur Europawahl und die beiden Broschüren mit den Beschlüssen des 12. Parteitags. Seite 54-55

● Dokumentation

Europa muß man richtig machen. Beschluß des 12. Parteitags. Grüner Teil

● UiD Extra

Europa braucht einen Verfassungsvertrag. Überlegungen zur europäischen Politik II – zum Fortgang des europäischen Einigungsprozesses. Vorgestellt auf einer Pressekonferenz mit dem CDU-Vorsitzenden Wolfgang Schäuble und dem außenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Lamers, am 3. Mai. Innenteil

I. Die Grundrechte

Artikel 1

(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.

**Einigkeit UND RECHT
UND FREIHEIT.
FÜR GANZ EUROPA.**

CDU



mitten im Leben, mitten in Europa.



**andere KÖNNEN AUCH NICHT
STÄNDIG NACHBESSERN,
HERR SCHRÖDER.**

Politik muß man richtig machen.

CDU



mitten im Leben, mitten in Europa.

Frieden FÜR EUROPA.

HUNDERTTAUSENDE

MENSCHEN LEIDEN.

HUNDERTTAUSEND

GRÜNDE, EUROPA

SICHER ZU MACHEN.

CDU



mitten im Leben, mitten in Europa.

Für den Europawahlkampf

● **Einigkeit UND RECHT UND
FREIHEIT. FÜR GANZ EUROPA.**

Best.-Nr.: 7603/A1

Best.-Nr.: 7604/A0

● **Frieden FÜR EUROPA.
HUNDERTTAUSENDE MENSCHEN
LEIDEN. HUNDERTTAUSEND
GRÜNDE, EUROPA SICHER ZU
MACHEN.**

Best.-Nr.: 7605/A1

Best.-Nr.: 7606/A0

● **andere KÖNNEN AUCH NICHT
STÄNDIG NACHBESSERN, HERR
SCHRÖDER.**

Best.-Nr.: 7601/A1

Best.-Nr.: 7602/A0

Preise:

50 Expl./A1 = 24,- DM

50 Expl./A0 = 43,- DM

**Unsere
neuesten
Plakate**

Günter Rinsche:

Wir wollen Europa richtig machen. Wir können Europa richtig machen

Vor wenigen Wochen veröffentlichte die „Wirtschaftswoche“ eine Zustandsdiagnose der Europäischen Union unter der Überschrift „Schwerkranke Riese“. In einer Zusammenfassung hieß es wörtlich:

Eine Woche vor dem EU-Gipfel steckt Europa in seiner schwersten politischen Krise. Ernstzunehmende Reformen der europäischen Finanzordnung werden immer unwahrscheinlicher ... Hätte Ratspräsident Schröder früher auf die Korruptionsvorwürfe reagiert, wäre das Debakel möglicherweise zu verhindern gewesen.

Wie ist die Wirklichkeit? Was war geschehen? Was ist nunmehr zu tun?

Im März 1998 diskutiert das Europäische Parlament den Bericht von James Elles, Mitglied der EVP-Fraktion, zum Haushalt 1996. Auf der Grundlage des Elles-Berichtes verweigerte das Europäische Parlament die Entlastung der EU-Kommission und forderte diese auf, bis zum 15. September 1998 einige wichtige Verbesserungsmaßnahmen durchzuführen, um die Entscheidungshindernisse zu beseitigen. Das Parlament hat mit Recht darauf gedrängt, daß die Europäische Kommission eine Reihe von wichtigen Reformen einleitet.

Sieben Monate später, im Oktober 1998, verabschiedete das Europäische Parlament, unter maßgeblicher Beteiligung der EVP-Fraktion, eine Entschließung, in der unter anderem die Unabhängigkeit, die Aufgaben und der Status der Betrugsbekämpfungseinheit der Kommission sowie

die Schaffung eines unabhängigen Amtes für dieselbe Aufgabe gefordert und beschrieben wurden. Nachdem die Europäische Kommission nicht oder nicht rechtzeitig reagierte, hat das Europäische Parlament die Kommission noch einmal darauf hingewiesen, daß die Entlastung nicht erteilt werden könne.

Daraufhin reichte die Vorsitzende der Sozialistischen Fraktion, Pauline Green, einen Mißtrauensantrag gegen die Kommission ein, um, wie sie im Namen ihrer Fraktion ausdrücklich erklärt, durch Ablehnung des eigenen Mißtrauensantrags der Kommission das Vertrauen auszusprechen.

Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments

Hier handelt es sich nicht nur um offenkundigen Mißbrauch eines parlamentarischen Instruments, sondern auch um eine totale politische Fehleinschätzung der Sozialistischen Fraktion, die glaubte, auf diesem Wege den besonders belasteten sozialistischen Kommissaren einen Persilschein für gute Führung ausstellen zu können. Obwohl er um die Mißstände in der Kommission hätte wissen müssen, spricht im Januar 1999 der neue Ratspräsident Gerhard Schröder – ohne Rücksprache mit den Fraktionen des Europäischen Parlaments – der Kommission sein volles Vertrauen aus.



Die CDU/CSU-Gruppe des Europäischen Parlaments beschritt einen anderen Weg: Auf Grund ihrer Initiative forderte die EVP-Fraktion nach der Nicht-Entlastung die Kommission auf, bis zum 1. Januar 2000 ein Arbeitsprogramm zur Erneuerung und Modernisierung der Kommission zu erstellen. Das von der EVP-Fraktion vorgeschlagene Programm enthält unter anderem die Forderungen: Änderungen in den Personalbestimmungen, Beschlußfassung über einen neuen Verhaltenskodex für die Ernennung hoher Kommissionsbeamter, Erklärung der Kommissionsmitglieder über ihre finanziellen Interessen.

Nach einigen taktischen Winkelzügen der Sozialistischen Fraktion billigte dann das Europäische Parlament in einer besonderen Aktion die Einsetzung einer sogenannten Kommission unabhängiger Sachverständiger, die feststellen sollten, in welchem Ausmaß die Kommission als Kollegium

oder einzelne Kommissionsmitglieder spezifische Verantwortung für die jüngsten Fälle von Betrug, Mißmanagement oder Günstlingswirtschaft tragen, die in den vorangegangenen Debatten zur Sprache kamen. Vor fünf Wochen legte dieser Ausschuß dann einen Bericht vor, der die Untersuchungen und Feststellungen des Haushaltskontrollausschusses bestätigt.

Die Auffassung und die konsequente Haltung der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament werden damit eindeutig als richtig und notwendig unterstrichen.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang einmal festhalten: Die erfolgreiche Arbeit im Haushaltskontrollausschuß, wie übrigens auch im Europäischen Rechnungshof, ist vor allem der verantwortungsbewußten und intensiven Arbeit deutscher Christdemokraten zu

verdanken. Das herauszustellen ist wichtig, weil das Europäische Parlament im Sinne unserer Bürger, unserer Steuerzahler eine große Verantwortung in der Haushaltskontrolle und in der Kontrolle der Effizienz der Europäischen Kommission hat und haben muß.

Noch in der Nacht nach Vorlage des Berichtes verkündet der Kommissionspräsident Jacques Santer den Rücktritt aller 20 EU-Kommissare, die damit kollektiv die Verantwortung für das Mißmanagement einzelner, insbesondere sozialistischer Kommissare übernehmen.

Meine Freunde, was ist jetzt zu tun? In seinem „Politischen Testament“ aus dem Jahre 1752 schrieb Friedrich der Große:

Bei der Unvollkommenheit aller menschlichen Dinge sehen wir die besten Einrichtungen entarten. Daher muß von Zeit zu Zeit, wo es nötig ist,

die bessernde Hand angelegt werden, damit die Einrichtungen ihren Zweck wieder erfüllen.

Der Rücktritt der 20 EU-Kommissare ist Teil eines demokratischen Selbstreinigungsprozesses in der Europäischen Union, der durch das Europäische Parlament unter maßgebender Mitwirkung insbesondere der CDU/CSU in Gang gesetzt wurde und jetzt die Chance eröffnet, die Kommission transparenter, effizienter und bürgernäher zu gestalten. Das Europäische Parlament und hier vor allem die Parteien der politischen Mitte haben in diesem Prozeß bewiesen, daß die demokratische Kontrolle der EU-Verwaltung wirkungsvoll ausgeübt werden kann.

In jeder Krise steckt die Chance, aufzubauen. Kräfte freizusetzen und grundlegende Verbesserungen zu erzielen. Klaus-Dieter Frankenberger sagt dazu:

Die Krise wird das Kräftegleichgewicht im Institutionendreieck zwischen Kommission, Parlament und Ministerrat verändern – und zwar zugunsten des Parlaments ... Die Parlamentarisierung der Gemeinschaft und die Unterwerfung der Kommission unter die üblichen parlamentarischen Regeln zeichnen sich deswegen schon jetzt als Entwicklungsperspektiven ab, wenn nicht in der vertraglichen Praxis, so doch in der politischen Praxis. So könnte die Krise etwas Gutes bewirken: daß sie die Demokratisierung in der Union beschleunigt und zur konstitutionellen Klärung der Verantwortlichkeiten beiträgt.

Eine wichtige Konsequenz aus diesem verfassungsentwickelnden Prozeß ist die steigende Bedeutung der Europawahl. Die realen Vorgänge der letzten Woche beweisen und illustrieren die Notwendigkeit: Es kommt jetzt nicht nur darauf an, wählen zu gehen; jetzt kommt es entscheidend darauf an, richtig zu wählen. Es reicht nicht

aus, Europa zu machen. Europa muß man richtig machen.

Hauptziel der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlaments ist es jetzt, die gegenwärtige Krise für einen wirklichen Neuanfang und für zukunftsichernde Reformen der EU-Institutionen zu nutzen. Mit der von der CDU/CSU befürworteten Nominierung Romano Prodis für das Amt des Kommissionspräsidenten besteht nunmehr die Chance, daß die – auch durch das ineffiziente Verhalten des Ratspräsidenten Schröder entstandene – Vertrauenskrise zwischen den EU-Institutionen überwunden wird.

Die Möglichkeiten der Zusammenarbeit von Rat, Parlament und Kommission können aber nur dann einer dringend erforderlichen neuen Dynamik der europäischen Integration nutzbar gemacht werden, wenn das Verhalten und die Politik der EU-Institutionen richtig und effizienter gestaltet werden. Diese Forderung richtet sich nicht zuletzt an den Rat, der die berechtigte Kritik des Europäischen Parlamentes auf sich zog.

Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang, daß wir gestern abend eine Nachricht erhielten, nach der der Rat gestern – ohne entsprechende Kontaktaufnahme mit den Vertretern des Europäischen Parlamentes – ein Abgeordnetenstatut beschlossen hat, das nach den uns vorliegenden Informationen die Macht des Parlamentes in vertragswidriger Weise einschränkt und schließlich dazu führt, daß die Rechte des Europäischen Parlamentes geschmälert werden, daß sich die Arbeitsweisen verengen, und im Endergebnis einen antiparlamentarischen Affront darstellt.

Zur unverzichtbaren Effizienzsteigerung der europäischen Integration gehört eben nicht zuletzt die Vermeidung von Reibungsverlusten, die durch ungeschickte

Verhaltensweisen des Rates und der Ratsbürokratie entstanden sind. In der Kommission sind neben den notwendigen personellen Veränderungen vor allem auch Struktur- und Organisationsverbesserungen mit den Zielsetzungen Effizienz, Transparenz und klarer Verantwortungsabgrenzung erforderlich.

Zu den einzelnen Maßnahmen und Reformschritten gehören: ein leistungsorientiertes Verfahren für die Ernennung höherer Beamte, eine drastische Reduzierung der Projekte und Programme, eine Verschlankung und Verkürzung der Entscheidungsstränge zur systematischen Verbesserung der Zeitökonomie und damit zur Verhinderung bürokratischer Bummellei sowie zur Realisierung transparenter Kontrollverfahren.

Anpassungsbedarf besteht aber auch im Europäischen Parlament, das sich vom „Deklamationsverein“ und „Resolutionsproduzenten“ jetzt zur Kontrollinstanz und damit zum europäischen Machtfaktor entwickelt und deshalb im ureigenen Interesse der Europäer ernstgenommen werden sollte. Das Europäische Parlament hat – im Unterschied zur abwertenden Beurteilung durch einige Verfassungstheoretiker – politische Macht im Sinne von bewirkender, kontrollierender, initiativer und integrativer Kraft. Es kommt aber nunmehr darauf an, wie und mit welcher Zielsetzung diese Kraft eingesetzt wird. Hierüber entscheiden, liebe Freunde, nicht zuletzt die deutschen Wählerinnen und Wähler in der Europawahl am 13. Juni 1999.

Wir haben in der CDU/CSU eine Reihe von konkreten Vorschlägen gemacht, die wir im nächsten Parlament – wenn wir auf Grund der Mehrheit die Möglichkeit dazu haben – verwirklichen wollen. Die Erfordernisse der Reform ergeben sich aus den Änderungen des Umfeldes, aus den neuen Aufgaben der Euro-

päischen Union, aber auch aus Fehlentwicklungen, Konstruktionsmängeln und aus dem Beharrungsvermögen der europäischen Institutionen.

Nicht übersehen werden darf aber auch die Tatsache, daß es gerade die Erfolge der europäischen Einigung sind, die einen Anpassungsbedarf entstehen lassen. Hier gilt das Wort des englischen Dichters Chesterton: „Fortschritt ist die Mutter von Problemen.“ Aber auch für diese Probleme müssen Problemlösungskapazitäten geschaffen und genutzt werden.

Abschließend noch einige Worte zum Europäischen Gipfel in Berlin. Es ist offenkundig: Es war ein Gipfel im Schatten; die Kosovo-Krise überschattete den EU-Gipfel. Krieg auf dem Balkan, menschenverachtende Untaten politischer Despoten, Reaktionen unangemessener Art in Moskau, die Gefahr „importierter Bürgerkriege“ – diese Gegebenheiten und Gefährdungen beweisen mehr als viele andere Einigungsgründe, daß die europäische Integration von existentieller Bedeutung für die Zukunft der Europäer ist und bleibt. Entspricht unter diesen Aspekten die Berliner Gipfelkonferenz und ihr Ergebnis den Erfordernissen der europäischen Gegenwart und Zukunft? Richtig ist, daß man sich geeinigt hat. Aber wie? Vergleicht man das Ergebnis mit den Erfordernissen oder auch nur mit den vollmundigen Ankündigungen des deutschen Ratspräsidenten, so ist das Prädikat „ungenügend“ sehr wohl angebracht. Schon vor Beginn der Berliner Konferenz haben Sachkenner die dilettantische Vorbereitung durch die deutsche Ratspräsidentschaft kritisiert.

„Einem Jongleur gleich hat Deutschland versucht, möglichst viele Bälle in der Luft zu halten“, schrieb der Journalist Andreas Middel. Aber genauso wenig wie der Nachfolger des Reichskanzlers Otto von Bismarck in der Lage war, mit mehreren Bällen zu

operieren, verstand es der Nachfolger des Bundeskanzlers Helmut Kohl, die wichtigsten Erfordernisse auf einen Nenner zu bringen.

In den Zeiten dynamischer Europapolitik des Bundeskanzlers Helmut Kohl wurden Gipfeltreffen nach den Integrationsfortschritten beurteilt. Auch damals gab es schwerwiegende unterschiedliche Interessen. Aber der Beitrag zur gemeinsamen Sache wurde höher bewertet als die Vertretung partikularer Interessen.

Im Europäischen Rat fehlen jetzt Integratoren, die – wie Helmut Kohl das erfolgreich gestaltet hat – mit Überzeugungskraft darauf hinweisen, daß die gemeinsamen Interessen größer sind als die partikularen Wünsche. Die europäische Integration ist kein Nullsummenspiel, bei dem der eine nur auf Kosten der anderen gewinnen kann. Vielmehr ist sie eine jahrzehntelang erfolgreich gestaltete politische Innovation, die gemeinsame Werte schützte, die Ressourcen und den Wohlstand der Europäer vermehrte und ihre Lebenschancen erweiterte – zum Vorteil für alle.

Der EU-Gipfel 1999 zeigte: Es gibt viele Vertreter partikularer Interessen und zu wenige Anwälte für die gemeinsame Sache. Im übrigen werden auch die berechtigten nationalen Interessen zu kurzfristig definiert. In der europäischen Politik führen Kurzfristendenken und Eintagsfliegenmentalität zur Verringerung von Zukunftschancen.

Vor 100 Jahren sagte Werner von Siemens in Berlin: „Für den augenblicklichen Vorteil verkaufe ich die Zukunft nicht!“ Dieser Satz war nicht die Leitlinie für Gerhard Schröder in der Berliner Konferenz 1999.

Die Berliner Konferenz hatte die Aufgabe, erstens einen soliden Finanzrahmen für den Zeitraum 2000 bis 2006 mit möglichst gerechter Lastenverteilung zu erstellen und zustimmungsfähig zu machen – es

ging um die Finanzierungsfähigkeit der Europäischen Union; dies ist auf dem Gipfel nicht gelungen –, zweitens Problemlösungsvorschläge zur Erneuerung und Effizienzsteigerung der EU-Institutionen vorzulegen – hier geht und ging es um die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union; auch hier gibt es keine in sich schlüssigen Konzepte – und drittens die Voraussetzungen für die Integration der beitriftswilligen europäischen Länder zu definieren, das heißt die politischen Grundlagen für Frieden, Sicherheit und Stabilität in ganz Europa zu schaffen. Dies ist die große Aufgabe der Erweiterungsfähigkeit. Aber auch in dieser Beziehung gab es auf dem Gipfel mehr Fragen als Antworten.

Kein Kenner der komplexen Materie konnte erwarten, daß diese gewaltigen Aufgaben in einem einzigen Anlauf bewältigt werden würden. Möglich wäre aber gewesen, nach intensiver Vorbereitung die Ansätze zur Lösung dieser Aufgaben so zu gestalten, daß eine Eigendynamik entfacht und so die europäische Integration eine neue Schubkraft erhalten hätte. Die rot-grüne Bundesregierung als Ratspräsidentschaft hat diese Herausforderung nicht gemeistert. Sie war und ist hier genauso überfordert wie in anderen vitalen Fragen der Zukunftssicherung.

Wenn wir wollen, daß unsere Kinder und Kindeskinde in Frieden, Freiheit und Sicherheit leben können, dann muß die Einheit ganz Europas geschaffen werden, und dann muß man Europa richtig machen. Die übergeordnete Zielsetzung unserer Europapolitik besteht jetzt darin, die politischen Grundlagen für ein menschenwürdiges Leben der Europäer im 21. Jahrhundert zu schaffen und zu sichern, damit die Europäische Union nicht zuletzt auch in die Lage versetzt wird, ihrer weltweiten Verantwortung gerecht zu werden. Hier liegen die ureigenen Aufgaben der deutschen Europapartei, der Christlich Demo-

Ein großer Schritt nach vorn

Das Inkrafttreten des Vertrages von Amsterdam am 1. Mai ist vom stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der Europäischen Volkspartei (EVP) im Europäischen Parlament, Hans-Gert Pöttering, als „großer Schritt nach vorn für die Kompetenzen des Europäischen Parlaments“ bezeichnet worden.

Pöttering weist darauf hin, daß in Zukunft 75 bis 80 Prozent der europäischen Gesetzgebung der Mitentscheidung des Europäischen Parlaments unterliegen. Das Parlament sei damit der „große Gewinner“ des Vertrages von Amsterdam. Ein weiterer „sehr bedeutender Fortschritt“ sei auch, daß in Zukunft der Kommissionspräsident vom Parlament gewählt werde und die gesamte Kommission – nach Anhörung jedes einzelnen Kommissarskandidaten durch die Ausschüsse des Europäischen Parlamentes – der Zustimmung des Europäischen Parlamentes bedürfe.

Mit dem Inkrafttreten des Vertrages von Amsterdam sei die Reform der Europäischen Union nicht abgeschlossen, sondern müsse weiter „dynamisch vorangetrieben werden“, so der Vizechef der EVP-Fraktion.

kratischen Union. Unser Leitanspruch zur Europapolitik zeigt: Wir wollen Europa richtig machen, und wir können Europa richtig machen. Wir haben die Möglichkeit, auf die europäische Herausforderung die richtige Antwort zu geben. Und wir werden die richtige Antwort geben. Die

Ein neues Zeitalter für Europa

Zum Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrages am 1. Mai erklärte der europapolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Hintze:

Mit dem Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrages beginnt für Europa ein neues Zeitalter. Jetzt ist es die Aufgabe des Europäischen Parlaments, seine neuen Rechte bei der europäischen Gesetzgebung und bei der Berufung der Europäischen Kommission kraftvoll zu nutzen. Die deutsche Ratspräsidentschaft fordere ich auf, nach der Designierung von Romano Prodi durch das Europäische Parlament rasch die Zuständigkeitsbereiche der neuen Kommissare mit dem neuen Kommissionspräsidenten zu vereinbaren.

Das Verwaltungsmodell weiterentwickeln

In Zukunft müssen die Kommissare auch die volle Verantwortung für ihre Politikbereiche wahrnehmen können. Dazu muß das in Brüssel praktizierte Verwaltungsmodell weiterentwickelt werden. Die unabhängige Expertenkommission hatte die unklare Zuständigkeitsstruktur in Brüssel massiv bemängelt.

kommenden Generationen werden uns eines Tages fragen: Habt ihr richtig gedacht? Habt ihr rechtzeitig gehandelt? Meine Freunde, laßt uns die europäische Politik so gestalten, daß wir auf diese Fragen mit einem klaren Ja antworten können. – Ich danke Ihnen. ■

Volker Rühle:

Die Europäische Union muß handlungsfähig, transparent, effizient und bürgernah sein

Es gibt kein Europa ohne die Gotik von Krakau und Prag, ohne den Dresdner Zwinger, ohne die Brücken von Budapest und ohne Leipzig, das früher die Hauptstadt des europäischen Buches war. Die Westeuropäer erlagen einer süßen und ziemlich bequemen Täuschung, daß Big Ben, die Gassen von Siena, die Anhöhe von Montmartre, der Dom von Worms genügen, um die Geschichte, die Tradition und Kultur Europas für die Zukunft zu erhalten. Wir waren in diesem europäischen, politischen Osten nicht taub und blind. Wir hörten Big Ben in London läuten, wir sahen von einer weiten Entfernung die Kolonnade von Bernini und den Eiffelturm und die alten Häuser von Lübeck.

Sie können verstehen, daß ich den letzten Punkt aus dieser Rede von Andrzej Szczypiorski besonders schätze. Wir werden mit unserer Politik in den nächsten Jahrzehnten nur dann Kurs halten, wenn wir uns von diesem Grundton der europäischen Politik leiten lassen und uns nicht in tagespolitischen Fragen verlieren.

Andrzej Szczypiorski sagte weiter:

Um ein wirklich integriertes Europa aufzubauen, brauchen wir etwas mehr als das, was heute allgemein im Westen vorhanden ist. Wir bedürfen etwas mehr der Reflexion über das menschliche Schicksal, etwas weniger Hetzerei nach materiellem Wohlstand, etwas mehr Trauer über die menschliche Unreife, etwas weniger Sicherheit, daß

alles erreichbar sei. Denn viel bedeutet nicht alles.

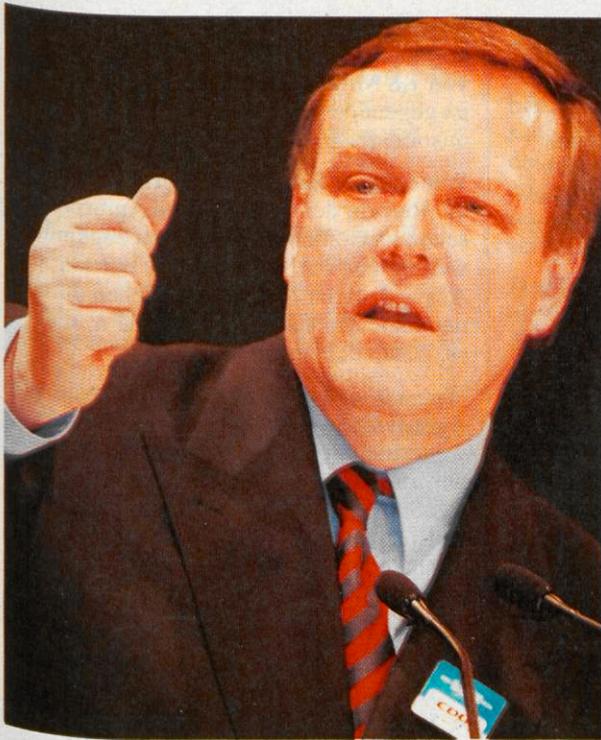
Wenn man diese Worte des großen europäischen und polnischen Schriftstellers hört und sich fragt: Wäre das eigentlich denkbar gewesen, daß jemand in Berlin auf dem Kongreß so etwas gesagt hätte?, dann muß man sagen: Die Klarheit über das, was Europa wirklich ist, kommt vielleicht stärker von denjenigen, die bisher außen gestanden haben, die aus der Kälte kommen. Ich glaube, das ist etwas, was wir begreifen müssen: daß wir uns nicht in Nebensächlichkeiten und im Tagesgeschäft verlieren.

Rede zur Einführung des Leitantrags „Europa muß man richtig machen“

Szczypiorski schloß mit den Worten:

Ich danke dem deutschen Volk dafür, daß es sich vereinigte, um für das vereinigte Europa der Zukunft zu arbeiten, um dieses Europa zu gestalten. Aus der Sicht eines östlichen Nachbarn wird die existentielle Verbindung zwischen Deutschlands Einheit und der Einigung und Gestaltung Europas deutlich gemacht.

Wer in den 80er Jahren in Polen war und mit den Vertretern der Solidarnosc gesprochen hat, wird sich erinnern, daß dort klare Worte zur deutschen Wiedervereinigung gesprochen wurden: Wir wollen die deut-



europäisches Erbe anzutreten, dann aber innerhalb kürzester Zeit mit populistischen Entgleisungen reihenweise unsere Partner in der Europäischen Union und auch in Ost- und Mitteleuropa zu brüskieren, Zweifel an der europäischen Verlässlichkeit Deutschlands aufkommen zu lassen und dann auch noch das strategische Ziel aus den Augen zu verlieren mit dem Ergebnis, daß beim Berliner Gipfel vor lauter nationalem Egoismus Europa schließlich der Verlierer war.

So kann man das Erbe von Helmut Kohl und Theo Waigel nicht mehr, so kann man Europa nicht voranbringen! Deswegen muß die Antwort am 13. Juni bei den Wahlen zum Europäischen Parlament gegeben werden.

sche Wiedervereinigung, weil wir nur dann zu einem direkten Nachbarn der westeuropäischen Demokratien werden. – Das war eine klarere Aussage als manches, was wir damals in der Bundesrepublik Deutschland gehört haben. Deshalb sage ich: Die deutsche Wiedervereinigung ist auch durch die weitsichtigen polnischen Europäer gekommen, und sie haben sie immer als den ersten Schritt in Richtung der europäischen Wiedervereinigung verstanden. Die steht jetzt auf der Tagesordnung, wenn es um die Erweiterung der Europäischen Union geht:

„Europa muß man richtig machen“ – unter dieser Überschrift steht unser Leitantrag. Wie notwendig das ist, haben die vergangenen sechs Monate rot-grüner Europapolitik in zum Teil erschreckender Weise gezeigt. Denn das hat noch keine Bundesregierung fertiggebracht: ein großes

Auch die letzten Wochen haben gezeigt: Die CDU ist die deutsche Europa-Partei. Stets hat sie Visionen und Kompetenzen miteinander verbunden. Europa – das ist nicht die Flucht aus der Nation, es darf auch nicht der Buhmann an den Stammtischen sein. Ich finde, wir schulden in diesem Zusammenhang ein Wort des Dankes an diejenigen, die häufig vergessen werden. Das sind unsere Europaabgeordneten, denn sie haben sich rechtzeitig, deutlich und entschieden gegen Fehlentwicklungen der Europäischen Kommission gewandt. Verhindert haben das nationalen Regierungen, nicht die Europaparlamentarier. Deswegen ein Wort des Dankes und der Anerkennung für diese große Leistung.

Im übrigen, die CDU hat nie vergessen: Europa ist der Ausdruck des vitalen Interesses deutscher Politik. Unsere Interessen als Nation, die völlig legitim zu vertreten

sind, können wir am besten im europäischen Rahmen wahrnehmen. Wie wichtig die bisher erreichte europäische Einigung für die Sicherheit in Europa und in Deutschland ist, führt uns der Krieg im Kosovo täglich vor Augen. Unser Land kann seit 1945 in Frieden und Freiheit leben und ist heute nur noch von Freunden umgeben. Dies wurde möglich, weil es Konrad Adenauer und die Union waren, die die Richtungsentscheidung für die Westintegration gegen den Widerstand der Sozialdemokraten durchgesetzt haben, und weil es Helmut Kohl und die CDU waren, die zur NATO und zum NATO-Doppelbeschluß standen und die europäische Integration maßgeblich vorangebracht haben.

Aber der Krieg im Kosovo zeigt auch, daß eine westeuropäische Friedensordnung nicht ausreicht, daß wir eine gesamteuropäische Friedensordnung, gesamteuropäische Stabilität brauchen. Deshalb ist er auch eine bittere Bestätigung für die Richtigkeit der Aussage von Helmut Kohl, daß die europäische Integration eine Frage von Krieg und Frieden ist.

In der Agrarpolitik – lieber Edmund Stoiber, es macht mir Freude, daß ich als angehender Landespolitiker über Agrarpolitik rede, die du in deiner Rede diesmal weggelassen hast, obwohl ich weiß, wie wichtig sie für dich ist – bedeuten die Verhandlungsergebnisse der deutschen Präsidentschaft höhere Ausgaben, sinkende Einkommen der Bauern und eine weiter steigende Abhängigkeit der Landwirte von Beihilfen und Subventionen und damit mehr Bürokratie. Keinem anderen Teil unserer Bevölkerung muten wir vergleichbar hohe Belastungen zu. Deshalb ist es erst recht falsch und unverantwortlich, dieser Bevölkerungsgruppe durch nationale Maßnahmen wie durch die Steuerreform, durch die Ökosteuer und durch die Verkürzung der Zuschüsse für die landwirtschaft-

liche Unfallversicherung zusätzliche Einkommensverluste in einer Größenordnung von 1,8 Milliarden DM aufzuerlegen. Das ist gegenüber unseren Landwirten schlicht unsolidarisch und ungerecht.

Wenn dieser Bevölkerungsgruppe durch die Reform der europäischen Agrarpolitik schon zusätzliche Belastungen zugemutet werden müssen, dann wäre es nur fair, die Auswirkungen für die Betroffenen durch nationale Maßnahmen zu mindern, statt sie zusätzlich zu verstärken.

Wir werden die Probleme der europäischen Agrarpolitik – auch mit Blick auf die Erweiterung – besser lösen können, wenn wir im Bereich der Einkommensbeihilfen das Subsidiaritätsprinzip durch nationale Kofinanzierung stärker verwirklichen. Deshalb muß diese Frage auf der Tagesordnung bleiben.

So jedenfalls ist in Europa noch nie verhandelt worden, daß eine Bundesregierung am Anfang vor Kraft kaum laufen konnte und dann drei Wochen vor dem Gipfel die wichtigste Verhandlungsposition – die Einführung der nationalen Kofinanzierung – ohne Not und ohne Gegenleistung selbst vom Tisch fegte.

Diese Bundesregierung besitzt weder den europapolitischen Sachverstand noch das diplomatische Geschick oder die Hartnäckigkeit ihrer Vorgänger, Eigenschaften, die nötig sind, um Deutschlands Interessen im Konsens mit den Partnerländern erfolgreich wahrzunehmen.

Edmund Stoiber hat die Frage der Beitragsgerechtigkeit angesprochen. Wir müssen aufpassen, daß es hier nicht zu einer Legendenbildung kommt, wonach die Entwicklung unter der Regierung Helmut Kohl dahin gegangen sei, daß Deutschland das Geld nach Brüssel geradezu geschaufelt habe, wie Schröder behauptet.

Wahr ist, daß Bundeskanzler Kohl und Finanzminister Waigel bei der letzten Reform der Eigenmittel eine Umstellung der Beitragsbemessung erreicht haben und dadurch der deutsche Nettobeitrag seit 1994 von 27 Milliarden auf 22 Milliarden DM zurückgegangen ist.

Wahr ist auch, daß als Ergebnis der deutschen Präsidentschaft in den nächsten beiden Jahren unsere Nettobelastung wieder ansteigen wird, ehe es in den darauf folgenden Jahren zu einer leichten Entlastung kommen wird, durch die allerdings nicht einmal die höheren Zahlungen Deutschlands auf Grund der jährlichen Haushaltssteigerung ausgeglichen werden.

Deshalb ist dies keine Trendumkehr, wie es die Regierung Schröder unseren Bürgern weismachen will, sondern das ist die Zementierung der strukturellen Ungerechtigkeiten im Beitragssystem zu Lasten der Bundesrepublik Deutschland und anderer Beitragszahler. Deswegen bleibt die Frage einer gerechten Beitragsordnung auf der europäischen Tagesordnung.

Dies alles zeigt, daß diese rot-grüne Regierung keine tragende Strategie in der Europapolitik hat. Die Regierung Schröder hat die strategische Bedeutung der Agenda 2000 für die künftige Entwicklung der Europäischen Union nicht verstanden. Deshalb wurde am Ende nur mehr um Geld gefeilscht, so als sei das beste Europa dasjenige, wo man am wenigsten bezahlen muß, aber am meisten herausholen kann.

Wie fahrlässig die Regierung Schröder mit unserem großen europäischen Erbe umgeht, zeigt sich in der Frage der Osterweiterung. Deutschland wurde unter der von uns gestellten Regierung in den Staaten Mittel- und Osteuropas als der zuverlässigste und am besten bezahlte EU-Mitglied angesehen. Heute jedoch gibt es in den mittel- und osteuropäischen Staaten nie-

manden mehr, der sich auf die Regierung Schröder als Anwalt verlassen wollte. Auch wenn Schröder und Fischer noch so häufig behaupten, sie wollten die Erweiterung nicht verzögern: Ihre Taten sprechen dagegen. Denn das, was sie in Berlin zustande gebracht haben, hat die Erweiterung nicht leichter, sondern deutlich schwerer gemacht.

Dennoch darf die Osterweiterung nicht auf die lange Bank geschoben werden. Es geht darum, die Stalinsche Teilung Europas endgültig zu überwinden. Die Völker Polens, Ungarns und all die anderen Völker Mittel- und Osteuropas können doch nichts dafür, daß sie nach dem zweiten Weltkrieg das Joch des Kommunismus tragen mußten, daß sie keine Chance hatten, sich zu entwickeln, wie wir sie nach dem zweiten Weltkrieg hatten. Deshalb darf es jetzt keinen falschen westeuropäischen Egoismus geben.

Wir sollten im übrigen einmal über unsere eigene Geschichte nachdenken. Zehn Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkriegs wurde – das angesichts all der Schuld, die Deutschland auf sich geladen hatte – jedenfalls Westdeutschland der Weg in die Gemeinschaft der europäischen Völker geöffnet. Unsere politische Stabilität, die sich daraus entwickelt hat, und unser wirtschaftlicher Aufschwung waren ganz wesentlich dieser Bereitschaft unserer europäischen Nachbarn zu verdanken, Deutschland diese Chance zu geben. Heute leben wir zehn Jahre nach 1989, nach der europäischen Revolution. Wir haben es nicht mit Völkern zu tun, die Schuld auf sich geladen haben, sondern wir haben es mit Völkern zu tun, die im zweiten Weltkrieg gelitten haben und die danach noch über Jahrzehnte in der kommunistischen Gefangenschaft gehalten wurden. Welches Recht haben wir, ihnen zehn Jahre nach der Revolution in Europa den Weg in die erfolgreiche Gemeinschaft der Europäischen Union nicht zu öffnen?

Wir brauchen eine klare zeitliche Perspektive. Nur dann wird es möglich sein, den Mobilisierungseffekt in der Gesellschaft aufrechtzuerhalten. Deswegen kann und muß das Zieltatum weiter das Jahr 2002 bleiben. Den Menschen im Osten Europas muß doch Mut gemacht werden gegen die Angst, diese Erweiterung, diese Öffnung ihnen gegenüber, könnte zu langsam stattfinden; den Menschen bei uns, den Menschen im Westen muß die Angst genommen werden, die Erweiterung könnte einen zu hohen Preis erfordern.

Bis es soweit sein wird, muß die Europäische Union durch eine Reform ihrer institutionellen Strukturen erweiterungsfähig werden. Ab dann könnten erste mittel- und osteuropäische Staaten beitreten, wenn sie die dafür erforderlichen Reformen verwirklicht haben.

Dies ist nicht nur eine Frage der europäischen Stabilität, und es geschieht auch nicht aus Altruismus, sondern das geschieht auch aus wohlverstandener deutscher Eigeninteresse. Durch die Osterweiterung lassen sich neue Märkte erschließen und damit Arbeitsplätze in Deutschland sichern; illegale Zuwanderung und organisierte Kriminalität werden dann erfolgreicher bekämpft werden können. Vorhandene Umweltprobleme können gemindert und grenzüberschreitende Umwelt Risiken besser entschärft werden, und schließlich können die Herausforderungen der zunehmenden Globalisierung erfolgreicher bewältigt werden.

Richtig ist allerdings auch, daß es durch eine baldige Osterweiterung auf Grund des Wohlstands- und Lohngefälles zu politischen und ökonomischen Problemen kommen könnte, wenn dieser Prozeß nicht sorgfältig gehandhabt wird. Aber die Antwort kann doch nicht sein, die Beitrittsländer so lange außen vor zu halten, bis sie ein bestimmtes Lohn- und Wohlstandsniveau erreicht haben.

Die Antwort muß vielmehr lauten, sie so bald wie möglich aufzunehmen, zugleich aber die notwendigen Übergangsfristen in den entscheidenden Bereichen vorzunehmen.

Vor einer Erweiterung müssen wir die institutionellen Strukturen reformieren. Die Europäische Union arbeitet heute noch immer mit dem System, das für die sechs Gründungsstaaten geschaffen wurde. Kein Wunder, daß sie immer schwerfälliger zu ihren Entscheidungen kommt. Viel zu häufig noch kann das Vetorecht angewendet werden, um nationale Interessen durchzudrücken oder sich Kompromisse teuer abkaufen zu lassen. Deshalb muß jetzt die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit verbessert werden, oder wir werden eine Erweiterung auf zwanzig oder noch mehr Mitglieder nicht verkraften.

Auf einen Nenner gebracht: Wir brauchen mutige Entscheidungen für möglichst weitreichende Reformen. Je mehr Staaten künftig der Europäischen Union angehören werden, desto schwieriger wird es, die bisher noch einstimmig zu beschließenden Vertragsänderungen zu erreichen.

Die bisherige Entwicklung Europas bis hin zur Währungsunion und die bevorstehende Erweiterung erfordern vor allem auch eine vertiefte Auseinandersetzung über das Selbstverständnis Europas und letztlich über das Ziel des europäischen Einigungsprozesses. Allein die Diskussion über die Frage, was denn die Europäische Union sein oder was sie nicht sein soll – ein „Staatenbund“, ein „Staatenverbund“, ein „Bundesstaat“, ein „Superstaat“, die „Vereinigten Staaten von Europa“ –, zeigt, wie notwendig es ist, dieser diffusen Debatte Struktur zu geben und ihr die Richtung zu weisen. Edmund Stoiber, niemand wird versuchen, die Vereinigten Staaten von Amerika zu kopieren.

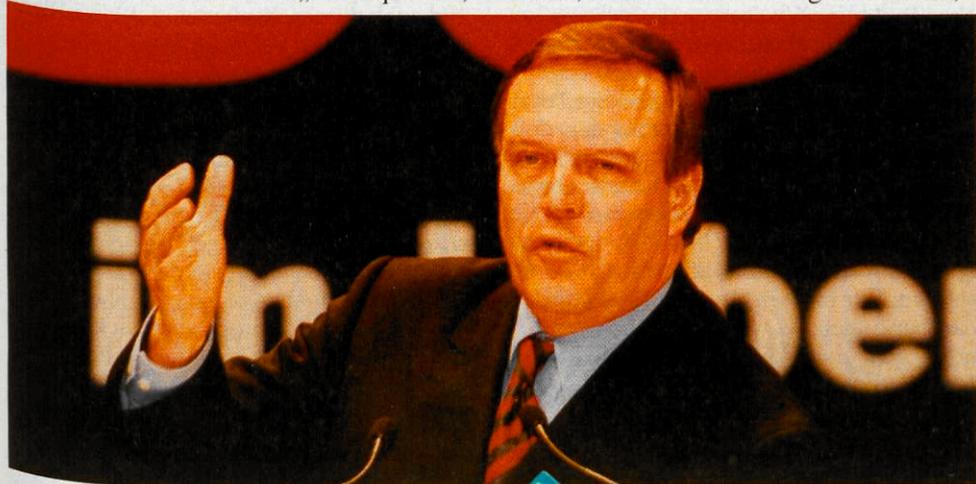
Die Vereinigten Staaten besitzen eine Geschichte von gerade einmal 200 Jahren. Europa hat aber eine längere und auch ganz andere Geschichte. Aber schon heute ist Europa sehr viel mehr als ein Staatenbund.

Deswegen bin ich ganz sicher: Wir werden eine eigene Rechtsstruktur entwickeln. Niemand kann heute präzise voraussagen, wie diese Struktur aussehen wird.

Man kann Europa aber nicht richtig machen, wenn vor allem über „Milchquoten“,

Die Zustimmung der Bevölkerung zum europäischen Einigungsprozeß werden wir nur gewinnen, wenn über rein wirtschaftliche und funktionale Aspekte hinaus klar wird, daß Europa eine Wertegemeinschaft ist, die über ein gemeinsames kulturelles Erbe und über eine gemeinsame kulturelle Tradition vereint ist.

Wenn uns jemand, der bisher außen vor stand, den Spiegel vorhält, dann zeigt dies die Fehlentwicklung in der Europäischen Union, nämlich daß wir vergessen haben,



„Basissätze für obligatorische Flächenstillegungen“, „Bevölkerungsplafonds“ oder „Beitragsbemessung nach Kaufkraftstandards“ geredet wird, so wichtig diese Fragen im Detail auch sind. Wir dürfen die Menschen nicht überfordern; wir müssen sie mitnehmen. Indem wir die geistigen Fundamente wieder klar herausstellen, müssen wir ihnen die Grundlage und den Zweck der europäischen Einigung immer wieder deutlich machen, nämlich daß Europa mehr ist als ein Markt und auch mehr ist als ein Währungsraum und daß die europäische Einigung nicht eine Reaktion auf den Ost-West-Konflikt darstellt, sondern aus sich selbst heraus begründet werden kann.

was die Ursprungsidee gewesen ist. Deswegen sind die neuen Mitglieder keine Belastung, sondern eine Bereicherung. Sie haben in den Jahrzehnten der Entbehrung und der Gefangenschaft unter dem Stalinismus nie vergessen, was die Grundidee Europas ist. Sie sind deshalb eine Bereicherung für uns alle.

Wir brauchen eine große Debatte über die Frage, worum es in Europa eigentlich geht. Dies wollen wir durch eine breit angelegte Diskussion über einen Verfassungsvertrag erreichen, der folgende Fragen beantworten muß: Welche grundlegenden Werte und Interessen verbinden ei-

gentlich uns Europäer? Wie soll unsere gesellschaftliche Ordnung gestaltet sein? Wer ist für was zuständig im Verhältnis von Europäischer Union, den Nationen, den Regionen und – wo es sie gibt – den Bundesländern? Wie kann die demokratische Legitimation und die Kontrolle in der Europäischen Union am besten gestaltet werden? Welche Rolle sollte Europa in der Welt spielen?

Grundlage für eine solche Debatte muß ein klarer und für die Bürger verständlicher Text sein. Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, dem Europäischen Rat den Vorschlag zu unterbreiten, eine unabhängige Gruppe herausragender Persönlichkeiten mit der Erarbeitung der Grundlinien für einen solchen europäischen Verfassungsvertrag zu beauftragen. Ein solcher Verfassungsvertrag muß auch dazu dienen, durch eine klare Kompetenzverteilung das Subsidiaritätsprinzip zu stärken. Wir müssen eine Verständigung darüber finden, wieviel Einheitlichkeit nötig, aber auch wieviel Unterschiedlichkeit möglich und wünschenswert ist. Wir brauchen also eine Verständigung darüber, welche Fragen auf europäischer Ebene und welche Fragen durch die Mitgliedstaaten, die Regionen oder die Kommunen zu regeln sind.

Insofern geht es bei dem Verfassungsvertrag nicht um Machtzuwachs und Kompetenzerweiterung für das Zentrum in Brüssel, sondern es geht im Gegenteil um das Ziel, die vorhandene Tendenz zu mehr Zentralismus zu beenden. In dieser Frage standen wir immer hundertprozentig hinter den Bayern und hinter Edmund Stoiber, der gegen den falschen europäischen Zentralismus gekämpft hat.

Edmund, wenn ich es geschafft habe, als Verantwortlicher in Schleswig-Holstein ein Kollege von dir zu werden, dann kannst du dich darauf verlassen, daß wir in Schleswig-Holstein

wissen: Die Entscheidung, ob Dithmarschen oder Nordfriesland, ob Schleswig, Flensburg oder Plön zu fördern sind, gehört nicht in die Zentrale der europäischen Bürokraten. In dieser Frage werden wir sehr gut zusammenarbeiten.

Es muß sichergestellt sein, daß Entscheidungen möglichst bürgernah getroffen werden. Die Menschen werden nur dann noch stärker für das gemeinsame Europa gewonnen werden können, wenn die Entscheidungsabläufe für sie nachvollziehbar und auch durchschaubar sind. Sie werden Entscheidungen auf europäischer Ebene nur dann akzeptieren, wenn sicher ist, daß Regelungen auf kommunaler, regionaler oder nationaler Ebene nicht in ausreichender Weise getroffen werden können, und wenn zugleich klar ist, daß eine Entscheidung auf europäischer Ebene unbedingt erforderlich ist. Deswegen ist richtig, was Wolfgang Schäuble gestern gesagt hat: Es gibt viele Aufgaben in Europa, aber nicht alle Aufgaben in Europa sind auch Aufgaben für Europa. Die wichtige Rolle der Nationen und Regionen bleibt bestehen.

Regionalpolitik darf den Regionen nicht entzogen werden. Um aber einem Mißverständnis vorzubeugen: Es geht nicht um Renationalisierung in der Europapolitik. In manchen Bereichen ist zwar ein Weniger an Europa notwendig durch Abschiebung in die Nationen und Regionen. In anderen Bereichen aber brauchen wir ein stärkeres Europa und damit ein Mehr an Europa, zum Beispiel in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik – das spüren wir alle in diesen Wochen schmerzhaft –, in der Migrations- und Asylpolitik oder in der Politik für eine wirkungsvolle Verbrechensbekämpfung.

Worum es also geht, ist eine klarere Abgrenzung der Aufgaben und dabei zugleich die Prüfung, ob die heutige europäische Regelungsdichte wirklich den Erfordernissen der Zukunft

entspricht. Am Ende gilt: Die Europäische Union muß handlungsfähig, transparent, effizient und bürgernah sein.

Die Überschrift unseres Leitantes gilt ganz speziell für die Wirtschafts-, Wettbewerbs- und Arbeitsmarktpolitik. Wir blicken mit Stolz auf das, was CDU und CSU an soliden Fundamenten und dauerhaften Schutzregeln für ein marktwirtschaftliches Europa geschaffen haben. Es wird für uns zum Ausgangspunkt für eine zukunftsfähige, europäische Wachstums- und Beschäftigungsstrategie.

An dem, was wir im Vertrag von Maastricht und im Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt fest verankert haben, wird sich Rot-Grün die Zähne ausbeißen. An dieser Stelle gilt deswegen mein ganz besonderer Dank Theo Waigel. Als er diese Stabilitätspolitik durchgesetzt hat, hat er zwar mehr an die Italiener und andere gedacht, geschützt hat er uns aber vor Lafontaine. Deswegen ein großes Dankeschön an Theo Waigel und diese Stabilitätspolitik.

Es gibt kein Abrücken vom Prinzip der freiheitlichen und sozialen Marktwirtschaft in Europa. Sie ist in zahlreichen Artikeln des EU-Vertrages völkerrechtlich verbindlich festgeschrieben. Es gibt keinen Jota Spielraum bei der Unabhängigkeit und der Stabilitätsverpflichtung der Europäischen Zentralbank. Dafür stehen die Europäische Währungsverfassung, Wim Duisenberg, der Stabilitätsstandort in Frankfurt und die Union in Deutschland. Es gibt auch keine europäische Schuldenmacherei. Alle sozialistischen Träume vom Geldausgeben werden durch die harte Realität des Waigel-schen Stabilitätspaktes beendet.

Derjenige – ich habe es eben angedeutet –, der ein anderes, sozialistisches Europa wollte, ist schon nach gut vier Monaten gescheitert und hat Hals über Kopf die Flucht ergriffen. Jeder kann sehen: Mit Absprachen zur Unterdrückung des Wett-

bewerbs, mit starren Wechselkursen, mit Hochsteuerkartellen, mit inflationären Lohnempfehlungen und ähnlichen Werkzeugen aus der ökonomischen Mottenkiste der 70er Jahre lassen sich Wachstum und Beschäftigung in Europa nicht aus der Reserve locken. Europäische Wirtschaftspolitik war immer erfolgreich, wenn sie Grenzen und Vorschriften beseitigt hat. An diesem Erfolgskonzept werden wir festhalten.

Natürlich brauchen wir auch Regeln der Fairneß: Regeln für den Wettbewerb, damit Marktbeherrschung, Absprachen und ungerechte Subventionen unterbleiben; Regeln für die Steuerpolitik, damit nicht einige Länder uns mit verlockenden Steueroasen die Einnahmehasis durchlöchern, sich aber gleichzeitig ihre Infrastruktur durch unsere Nettotransfers finanzieren lassen; Regeln für die Arbeitnehmer, damit zum Beispiel die Arbeitssicherheit und die Gleichheit von Männern und Frauen nicht unter die Räder des Konkurrenzkampfes kommen.

Der entscheidende Punkt ist aber: Wir brauchen Regeln für den Wettbewerb, nicht Regeln gegen den Wettbewerb, so wie sie die Sozialisten in Deutschland und in Europa immer wieder durchzusetzen versuchen.

Deshalb muß der Wettbewerb um günstige Standortbedingungen aufrechterhalten und ausgeweitet werden. Nur so wird es in Europa niedrige Steuersätze, weniger Bürokratie, weniger Erhaltungssubventionen und mehr Investitionen in Forschung und Human Capital geben.

Aus Deutschland sind im letzten Jahr 146 Milliarden DM für Auslandsinvestitionen abgeflossen. Auf der Habenseite stehen nur 35 Milliarden DM. Der Nettoabfluß von rund 110 Milliarden DM entspricht fast einer halben Million Arbeitsplätze. Davon bliebe uns aber kein einziger Arbeitsplatz erhalten, wenn wir Europa ein-

heitlich ungünstige Standortbedingungen aufzwingen würden. Nur das Gegenteil kann wirken: runter mit den Steuersätzen, mit den Lohnnebenkosten, den Bürokratiekosten und weg mit allem, was Betriebe und Selbständige in Deutschland und in Europa limitiert und stranguliert.

Wir müssen auch auf europäischer Ebene gebündelte Anstrengungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unternehmen: Straffung und Konzentration der Regional- und Strukturpolitik, übergreifende Forschungs- und Entwicklungsförderung, Koordinierung des Infrastrukturausbaus, um nur einige Stichworte zu nennen. Die Verantwortung für Beschäftigung, für Investitionen und Arbeitsplätze trägt aber jeder bei sich zu Hause. Wir werden nicht zulassen, daß sich die amtierende Bundesregierung mit einem Wall aus regionalen, nationalen und europäischen Bündnissen für Arbeit umgibt, um später hinter diesem Wall die Verantwortung für ihr absehbares Scheitern in der Beschäftigungspolitik abladen zu können.

Europa braucht einen erneuten Aufbruch aus dem in Europa selbstgeschaffenen Wachstumsgetto. Wir zählen etwas und sprechen mit in der Welt, wenn wir in Europa pro Jahr zwei Millionen wettbewerbsfähige Arbeitsplätze gewinnen, wenn wir bei den Patentanmeldungen aufholen und wieder Überschüsse in den Staatskassen aufweisen, so wie es uns die Amerikaner mit ihrer starken Wirtschaft vorgemacht haben.

Eine solche starke Wirtschaft erreichen wir nur durch Individualität, Differenzierung, Vielfalt und Wettbewerb. Wer Europa dagegen als Mittel der Vereinheitlichung begreift, der gefährdet letztlich die Einheit Europas.

Die Diskussionen der letzten Wochen und der vorliegende Antrag zur Europapolitik

haben es gezeigt: Die Union wird in ihrer Europapolitik Kontinuität zu der Politik bewahren, die wir erfolgreich und positiv für Europa unter dem Bundeskanzler Helmut Kohl betrieben haben. Diese Politik ist zu einem Markenzeichen der Union geworden. Dieses werden wir mit in die Zukunft nehmen.

Wir werden die Mißstände, die es in Brüssel, Bonn oder künftig in Berlin gibt, scharf kritisieren. Vor allem werden wir jede Form der Erbschleicherei verhindern, wenn sich Kanzler Schröder als Erbe des großen Europäers Helmut Kohl in Szene zu setzen versucht, ohne vorher die notwendigen Entscheidungen auf den Kongressen durchgesetzt zu haben, die die Zukunft Europas absichern.

Wir, die Union, haben Visionen für das Europa von morgen; diese Visionen haben wir nicht verloren. Viele aus meiner Generation sind der Union wegen ihrer Europapolitik beigetreten. Wenn Sie sich einmal in der jetzigen schwierigen Lage Gespräche zwischen jungen Leuten über Europa anhören und die Sorgen zur Kenntnis nehmen, die gerade junge Menschen um ihre Zukunft haben, dann kommt man, wie ich glaube, zu dem Schluß, daß unsere Vision von Europa als einem großen Friedenswerk auch die richtige Vision für die Zukunft dieser jungen Generation ist. Visionen sind nicht altmodisch, sondern wir brauchen sie gerade auch am Ende dieses Jahrhunderts, sie sind moderner denn je, wenn sie in Verbindung mit fachlicher Kompetenz, im richtigen Stil und mit der richtigen Tonlage beim Umgang mit unseren europäischen Freunden vorgetragen werden.

In diesem Sinne bitte ich um Ihre Zustimmung zu unserem Leitantrag.

(Anhaltender Beifall)

Die wichtigsten Bestimmungen des EU-Reformvertrags von Amsterdam

Am 1. Mai 1999 ist der EU-Reformvertrag von Amsterdam, den Helmut Kohl mit seinen EU-Kollegen am 16. und 17. Juni 1997 in Amsterdam ausgehandelt hat, in Kraft getreten. Er ist ein Meilenstein auf dem Weg zum vereinten Europa. Mit dem Amsterdamer Vertrag wurde der Maastrichter Vertrag fortgeschrieben und entscheidend die Handlungsfähigkeit, die demokratische Legitimität und die Transparenz der Europäischen Union erhöht. Sein Abschluß war die Voraussetzung für die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit den ersten Staaten Mittel- und Osteuropas.

Die wichtigsten Ergebnisse im einzelnen:

1. Gemeinsamer Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts

● *Vergemeinschaftung folgender Bereiche aus Justiz und Inneres*

Kontrollen an den EU-Außengrenzen, gemeinsame Visapolitik, Reisemöglichkeiten für „Drittstaatler“ innerhalb der EU, Zollzusammenarbeit, justizielle Zusammenarbeit in zivilen Fragen, Asylrecht und Flüchtlinge (welches Land ist für Asylantrag zuständig, Mindeststandards für die Aufnahme, mögliche Quotenregelung) und Einwanderung (Mindestvoraussetzungen und gemeinsame Regeln für längerfristige Aufenthaltstitel, Bekämpfung von illegaler Einwanderung und Beschäftigung).

● Allein die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen und die polizeiliche Zusammenarbeit einschließlich Europol verbleibt in der sogenannten 3. Säule Angelegenheiten der Mitgliedstaaten.

● Die Ratsbeschlüsse im vergemeinschafteten Bereich gelten erst nach Umsetzung ins nationale Recht. Neben der Kommission erhalten auch die Mitgliedstaaten ein Initiativrecht. Das Europäische Parlament erhält zunächst ein Anhörungsrecht. Nach fünf Jahren wird das Mitentscheidungsrecht eingeführt. Die Beschlüsse werden im Ministerrat zunächst einstimmig getroffen; nach Ablauf von fünf Jahren wird geprüft, in welchen Bereichen Mehrheitsentscheidungen eingeführt werden. In den Bereichen, in denen Mehrheitsentscheidungen eingeführt werden, erhält die Kommission das Vorschlagsmonopol.

● Das Schengener Abkommen, das die Personenkontrolle an den EU-Binnengrenzen aufhebt und an den EU-Außengrenzen regelt, wird in den EU-Vertrag integriert. Es wird festgeschrieben, daß Großbritannien und Irland wegen ihrer Insellage und dem Fehlen einer Einwohnermeldepflicht auch in Zukunft Personenkontrollen an ihren Grenzen und an den Flughäfen durchführen dürfen.

● Großbritannien und Dänemark übernehmen die bisher verabschiedeten rechtlichen Regelungen im Bereich der Innen- und Justizpolitik, dürfen aber bei künftigen Beschlüssen sechs Monate überlegen, ob sie sie übernehmen oder nicht.

● Die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten in der 3. Säule soll durch die Einführung einer „Quasi-Richtlinie“ mit Anhörung des Europäischen Parlaments und Stärkung der Rolle des Europäischen Gerichtshofs künftig verbessert werden.

● Ausstattung von Europol mit zusätzlichen Befugnissen innerhalb von fünf Jahren (z.B. soll es bei Ermittlungsverfahren nationaler Behörden stärker aktiv werden

können, jedoch von sich aus keine eigene Ermittlungen durchführen können).

2. Grundrechte

- Kontrolle der Einhaltung der Menschenrechte durch den Europäischen Gerichtshof für alle Bereiche des Amsterdamer Vertrags.
- Verankerung eines Sanktionsmechanismus bei Verstößen gegen die Menschenrechte (z.B. Aussetzung des Stimmrechts).
- Diskriminierungsverbot.
- Stärkung der Gleichberechtigung von Mann und Frau.
- Stärkung des Datenschutzes.

3. Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)

● Einführung einer Planungs- und Analyseeinheit bestehend aus Vertretern der Mitgliedstaaten, der Kommission und der europäischen Verteidigungsorganisation WEU zur Vorbereitung und Überwachung von gemeinsamen Strategien, Standpunkten und Aktionen. Sie wird von einem GASP-Generalsekretär geleitet, der zusammen mit dem Außenminister der amtierenden Ratspräsidentschaft und dem für Außenpolitik zuständigen EU-Kommissar die EU außenpolitisch vertritt.

● Politische Solidaritätsklausel allerdings ohne automatische militärische Beistandsverpflichtung.

● Einstimmigkeit bleibt bei grundsätzlichen Entscheidungen („Strategien“ als neues Instrument der GASP) erhalten. Mehrheitsentscheidungen werden bei Durchführungsfragen eingeführt, allerdings mit der Möglichkeit, eine Beschlußfassung zu verhindern, wenn ein Mitgliedstaat ein vitales nationales Interesse geltend macht. Ferner gibt es das Instrument der konstruktiven Enthaltung, nachdem ein Mitgliedstaat nicht gebunden ist an eine

Entscheidung, wenn er sich der Stimme enthält und dadurch einen Beschluß nicht verhindert.

4. Gemeinsame europäische Verteidigung

- Verankerung der rüstungspolitischen Zusammenarbeit.
- Möglichkeit von Militäreinsätzen zur Übernahme von Petersberger Aufgaben (humanitäre, friedensbewahrende und friedensschaffende Einsätze) durch die Europäische Union.
- Für diese Militäreinsätze erhält der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs eine Richtlinienkompetenz des Europäischen Rats über die Westeuropäische Union (WEU).
- Innerhalb eines Jahres (bis zum 1. Mai 2000) soll ein Arbeitsplan erstellt werden, wie eine gemeinsame europäische Verteidigungspolitik gestaltet werden soll, sowie über eine engere institutionelle Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und WEU, die langfristig zu einer Integration der WEU in die Europäische Union führen soll.
- Eine Evolutivklausel ermöglicht einer weiteren Regierungskonferenz, Vertragsänderungen im Bereich der Verteidigungspolitik und der Schaffung einer gemeinsamen Verteidigung festzulegen. Es ist im Gespräch, daß der Kölner EU-Gipfel im Juni 1999 eine solche Regierungskonferenz für das Jahr 2000 einberuft.

5. Institutionelle Fragen

- *Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat in 13 neuen Bereichen*, u.a. in Forschungspolitik, Beschäftigungspolitik, Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften im Niederlassungsrecht.
- *Weiterhin Einstimmigkeit u.a. in folgenden Politikbereichen*

Asylpolitik, außenpolitische Strategien, Steuerpolitik, in den meisten Fragen der Zusammenarbeit in der Innen- und Rechtspolitik, insbesondere auf deutsches Drängen in der Asylpolitik.

● *Neue Rechte für das Europäische Parlament*

Das Europäische Parlament ist der große Gewinner des Amsterdamer EU-Reformvertrages. Das Mitentscheidungsverfahren von Europäischem Parlament und Ministerrat wird in 24 Politikbereichen eingeführt. In Zukunft gibt es nur noch Anhörungen, Zustimmungen und das Mitentscheidungsverfahren mit der Ausnahme des Zusammenarbeitsverfahrens im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion.

● *Rolle der nationalen Parlamente*

Im intergouvernementalen Bereich (zweite und dritte Säule) soll auf Drängen Frankreichs in Zukunft die Konferenz der Europausschüsse der nationalen Parlamente konsultiert werden.

● *Stärkung des Präsidenten der Europäischen Kommission*

Er wird künftig durch das Europäische Parlament auf Vorschlag der Staats- und Regierungschefs gewählt. Er erhält die Richtlinienkompetenz in der Kommission. Die Berufung der Kommissare erfolgt im Einvernehmen zwischen dem designierten Kommissionspräsidenten und den nationalen Regierungen.

● *Zusammensetzung der Europäischen Kommission*

Bei einer Erweiterung um mehr als zwei und weniger als sechs Staaten verzichten die großen Mitgliedstaaten (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und Spanien) auf ihren zweiten Kommissar, allerdings nur wenn zuvor die Neugewichtung der Stimmen im Ministerrat geklärt wurde. Ein Jahr vor dem Beitritt des 21. EU-Mitgliedstaates muß die Zusammensetzung der Kommission neu verhandelt werden.

● *Flexibilitätsklausel*

Die Flexibilitätsklausel erlaubt es integrationswilligen und -fähigen Mitgliedstaaten, eine verstärkte Zusammenarbeit im institutionellen Rahmen der EU unter sich zu vereinbaren. Der Auslösungsmechanismus kann i.a. mit qualifizierter Mehrheit in Gang gesetzt werden. Ein Mitgliedstaat kann jedoch durch Berufung auf vitale nationale Interessen ein Veto einlegen. An der verstärkten Zusammenarbeit muß sich eine Mehrheit der Mitgliedstaaten beteiligen.

● *Subsidiaritätsprinzip*

Deutschland erreichte Bestandsklauseln für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, für die Sparkassen und Landesbanken, die Kirchen und den Sport. In einem Protokoll zum Vertrag wird das Subsidiaritätsprinzip präzisiert. Der Ausschuß der Regionen (AdR) erhält einen eigenen Verwaltungsunterbau und ein obligatorisches Anhörungsrecht in weiteren Politikbereichen.

6. Beschäftigungskapitel

Das neugeschaffene Beschäftigungskapitel sieht das Erarbeiten koordinierter Strategien für den Arbeitsmarkt und jährliche Berichte über die Beschäftigungslage vor. Außerdem enthält der Vertrag die Möglichkeit, Empfehlungen an einzelne Mitgliedstaaten auszusprechen. Für die Förderung der Beschäftigung kann der Ministerrat mit qualifizierter Mehrheit Anreize in Form von finanziell begrenzten und auf fünf Jahre befristeten Pilotprojekten beschließen, die aber aus schon bestehenden Fördertöpfen finanziert werden müssen.

7. Sozialprotokoll:

Das Sozialprotokoll wurde in den EU-Vertrag aufgenommen und gilt nun auch für Großbritannien. Es sieht Mindeststandards vor, um Sozialdumping innerhalb der Europäischen Union zu verhindern. ■

Sonstige Beschlüsse des 12. Parteitags

Beschluß Nr. C 0: Deutschland in Europa – Europäer in Deutschland

Ein Viertel der in Deutschland lebenden Ausländer, rund 1,847 Millionen Menschen, stammen aus einem anderen Mitgliedsstaat der Europäischen Union.

Die ausländerrechtliche Behandlung der Bürger aus anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die ihr Freizügigkeitsrecht aus dem Gemeinschaftsrecht wahrnehmen nach dem Aufenthaltsgesetz/EWG vom 22. 7. 1969, ist unserer Ansicht nach dem gegenwärtigen fortgeschrittenen Stand der Verwirklichung einer immer engeren Union der Völker Europas nicht mehr angemessen.

Angesichts der im Vertrag von Maastricht geschaffenen Unionsbürgerschaft (Art. 8 EG-Vertrag) halten wir darum folgende Veränderungen der Rechtslage für die bei uns lebenden Bürger aus anderen EU-Staaten für notwendig:

- 1.** Zuständig für den Aufenthalt von Unionsbürgern in Deutschland soll künftig nicht mehr die Ausländerbehörde, sondern die örtliche Meldebehörde bzw. das Einwohnermeldeamt sein.
- 2.** Unionsbürger, die ihr Freizügigkeitsrecht in der EG wahrnehmen, sollen in Deutschland künftig – wie bisher schon bei der Arbeitssuche in den ersten drei Monaten (§8 AufenthG/EWG) – keiner besonderen Aufenthaltsgenehmigung mehr bedürfen. Die auch heute ohnehin

nur deklaratorische Aufenthaltserlaubnis-EG wird abgeschafft.

- 3.** Der rechtmäßige Aufenthalt im Bundesgebiet erfordert eine Anmeldung im Einwohnermeldeamt wie bei deutschen Staatsangehörigen. Zum Nachweis des rechtmäßigen Aufenthalts in Deutschland gegenüber anderen Behörden wird von der Meldebehörde auf Antrag eine entsprechende Bescheinigung ausgestellt („Blue Card EU“).
- 4.** Wie die deutschen Staatsangehörigen unterliegen die Unionsbürger bei der Wahrnehmung ihrer Freizügigkeit im Bundesgebiet nicht der Pflicht, ihre Personalausweispapiere jederzeit mitzuführen. Auf Verlangen der zuständigen Behörden müssen sie – wie deutsche Staatsangehörige – die Feststellung der Identität ermöglichen.
- 5.** Unionsbürger sollen (durch eine Änderung des § 1 Abs. 2 des AuslG) künftig generell aus dem Anwendungsbereich des Ausländergesetzes herausgenommen werden. Als Staatsangehörige eines anderen Mitgliedsstaates der Union, die mit den deutschen Staatsbürgern durch das gemeinsame Band der Unionsbürgerschaft verbunden sind, wären sie damit von den für Ausländer geltenden besonderen ordnungsrechtlichen Bestimmungen des Ausländerrechts nicht mehr betroffen. Für sie gelten dann ausschließlich, wie für alle Deutschen, die geltenden Gesetze. (Für eine Ausweisung bei schweren Straftaten sollten die Bestimmungen des Ausländergesetzes entsprechend angewendet werden).

Beschluß Nr. C 4

Die Auseinandersetzungen um die „Doppelte Staatsangehörigkeit“ haben gezeigt, daß die gesamte Problematik um die Migration und die in Deutschland lebenden Ausländer einer erheblich differenzierteren gesellschaftlichen Diskussion bedarf. Deshalb wird die CDU vermehrt Wert auf folgende Punkte legen:

● Die CDU bietet allen Parteien an, vor der Verfolgung weiterer Gesetzesvorhaben eine gemeinsame Initiative für eine Grundsatzdiskussion des Verhältnisses von Gesellschaft und Staat zu den ausländischen Mitbürgern und Migranten zu starten. Für eine Zeit grundsätzlichen Nachdenkens, Analysierens und Erarbeitens von Perspektiven soll die Suche nach gesellschaftlichem Konsens wichtiger sein als politischer Wettkampf und Streit.

● Die CDU löst das in Verbindung mit der Unterschriftenaktion zum Staatsangehörigkeitsrecht gegebene Versprechen ein, auf allen Ebenen Aktionen zur Förderung von Integration und gegenseitigem Verständnis durchzuführen.

● Bei diesen Aktionen sind in erster Linie kompetente und sachliche Diskussionen über alle anstehenden Fragen zu ermöglichen. Ihr Ziel muß sein, den Wissensstand der Bevölkerung über die komplexen Fragen und Probleme der Migration zu stärken, um der verbreiteten Vereinfachung und Tabuisierung wichtiger Aspekte entgegenzuwirken.

● Die CDU sucht den Austausch mit allen gesellschaftlichen Kräften, vor allem auch den öffentlichen nachvollziehbaren, auf Konsens zielenden Diskurs mit den Kirchen, um ihrem Anspruch als Partei mit christlicher Grundausrichtung gerecht zu werden.

Der gesellschaftliche Friede in einer Grundfrage unseres Zusammenlebens

erfordert eine offene, ehrliche und auf Zukunft ausgerichtete Suche nach tragfähigen Lösungen!

Beschluß Nr. C 11

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, alle politischen Maßnahmen zu ergreifen und argumentativen Möglichkeiten zu nutzen, um die Option für die friedliche Nutzung der Kernenergie offen zu halten. Als große Volkspartei darf sie sich im nationalen und internationalen Interesse der von der rot-grünen Bundesregierung überwiegend ideologisch geschürten Hysterie gegenüber der Atomenergie nicht beugen. Sie muß unseren Bürgern deutlich machen, daß Deutschland in der Frage der Sicherheit der Kernkraftwerke in Forschung und Praxis an der Weltspitze steht und daß die sogenannten alternativen Energien bei weitem nicht ausreichen, um den deutschen Energiebedarf künftig zu decken. Andererseits verbietet sich für eine hochtechnisierte Gesellschaft aus Gründen des Klima- und allgemeinen Umweltschutzes die Ausweitung der Verbrennung von fossilen Energieträgern zur Gewinnung elektrischer Energie.

Beschluß Nr. C 12

Der Bundesparteitag spricht sich dagegen aus, daß in Betrieb befindliche Kernkraftwerke vor Ablauf ihrer Betriebsgenehmigungen stillgelegt werden, solange sie den sicherheitstechnischen Anforderungen entsprechen.

Beschluß Nr. C 14

Die Bundesregierung wird aufgefordert, alles zu tun, um eine ausreichende Fi-

Aus der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Eine weitere Veranstaltung in der Reihe „Das aktuelle Thema“ im Bildungszentrum Schloß Eichholz. Das mit diesem Angebot verbundene Anliegen: Interessierte aus allen Teilen des Landes sollen Gelegenheit haben, gemeinsam mit renommierten Experten aus Wissenschaft und Politik, „die Hintergründe eines Konflikts auszuleuchten und den möglichen Fortgang dieser politischen Erschütterungen in Europa am Ende des 20. Jahrhunderts zu analysieren und zu diskutieren“.

Thema und Termin:

Veranstaltung Nr. 195
**Jahrhundertwende in Europa –
 Die Nato und der Krieg im Kosovo**
 Fachtagung
 17.-18.5.1999

Schwerpunkte:

- Mythos „Amselfeld“ – Das historische Selbstverständnis der Serben
- Jugoslawien im 20. Jahrhundert – Politische, ethnische und religiöse Verhältnisse
- Probleme der Konfliktregelung im Kosovo
- Die Welt und der Krieg im Kosovo – Rußland, die Nato und die Bedeutung der internationalen Rechtsordnung (Podiumsgespräch)

Weitere Informationen/Anmeldungen:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Bildungszentrum
Schloß Eichholz
Postfach 1331
50387 Wesseling
Fax-Nr.: 02236/707-230

finanzierung der Fernstraßenverkehrsprojekte im Bundesverkehrswegeplan sicherzustellen.

Beschluß Nr. C 29

Wird aus Gründen besonderer Dringlichkeit ein Bundesparteitag verlegt, so ist die Antragsfrist so festzulegen, daß das Antragsrecht der Gliederungen sichergestellt bleibt.

Beschluß Nr. C 31

In die Aufnahmeanträge der CDU wird die Erklärung aufgenommen, daß der Antragsteller bekundet, nicht Mitglied der Scientology-Organisation zu sein.

Beschluß Initiativantrages Nr. 5

Die CDU Deutschlands lehnt die gesetzliche Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse und die Regelung der sogenannten Scheinselbständigkeit ab. Diese Regelungen gehen an den Interessen der Mehrzahl der Betroffenen vorbei, fördern Schwarzarbeit und führen bezüglich der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse im Bereich der Vereinsarbeit zu völlig inakzeptablen Ergebnissen. Um den Prozeß der Umwandlung von Vollzeitarbeitsplätzen in geringfügige Beschäftigungsverhältnisse zu stoppen und echte Selbständigkeit zu fördern, bedarf es anderer differenzierter Lösungen.

Flüchtlingsströme aus Kosovo nicht einseitig nach Deutschland lenken

Zur Absicht des Bundesinnenministers, das bisherige Flüchtlingskontingent von jetzt 10.000 auf dann 20.000 Menschen zu verdoppeln, erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Rüttgers:

Kein Zweifel, wir wollen und wir werden den Flüchtlingen aus dem Kosovo helfen. Vor allem vor Ort, aber auch durch vorübergehende Aufnahme in unser Land.

Es darf aber nicht so sein, daß die Flüchtlingsströme allein auf Deutschland konzentriert bzw. einseitig nach Deutschland gelenkt werden.

Angebot voll realisiert

Die Selbstverpflichtung Deutschlands, 10.000 Kosovo-Flüchtlinge aufzunehmen, übersteigt bei weitem die Selbstverpflichtungen aller anderen mittel- bzw. westeuropäischen Staaten. Durch die Aufnahme von bisher 9.974 Flüchtlingen hat Deutschland sein Angebot voll realisiert. Andere Länder, die wie z.B. Großbritannien und Spanien die Aufnahme „einiger tausend“ Flüchtlinge angeboten haben, haben bislang erst einige hundert Flüchtlinge aufgenommen. Die Liste derer, die großzügige Angebote für die Aufnahme von Flüchtlingen gemacht haben, diese Angebote bisher aber nur auf dem Papier realisieren, ist sehr lang.

Es kann nicht sein, daß allein Deutschland seiner Selbstverpflichtung voll nachkommt, sie sogar noch verdoppeln will, während die meisten anderen europäischen Staaten zunächst einmal nichts oder doch nur relativ wenig tun. Es ist deshalb der falsche Weg, jetzt einseitig das Angebot für das hiesige Flüchtlingskontingent zu verdoppeln. Das führt nur dazu, daß andere Staaten sich – wie schon bei den Bosnien-Flüchtlingen – beruhigt zurücklehnen. Vielmehr müßte der Bundesinnenminister – Deutschland hat ja z.Zt. die Ratspräsidentschaft – seine Kollegen jedenfalls in der Europäischen Union drängen bzw. verpflichten, endlich für eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge europaweit zu sorgen und ihren jeweiligen Angeboten auch Taten folgen zu lassen. Es kann nicht sein, daß die Last der Flüchtlingsströme – wie schon in Bosnien – ganz überwiegend wieder von Deutschland getragen wird.

Alle müssen sich beteiligen

Auch die jetzt ins Spiel gebrachte Idee eines sog. Flüchtlingsfonds, in den alle EU-Staaten einzahlen sollen, die keine Flüchtlinge aufnehmen, hilft nicht weiter. Das Problem läßt sich nicht mit Geld lösen. Alle Staaten müssen sich solidarisch an der Lösung des Flüchtlingsproblems beteiligen.

Unsere
Elektronischen
Adressen:

● INTERNET

<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE

*CDU#

● X 400

c= de; a = dbp;

p = cdu; s = bund

● E-MAIL: post@www.cdu.de

Friedrich Merz:

Regierung verspielt Chancen für mehr Beschäftigung

Das Frühjahrsgutachten der deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute ist klar und vernichtend in seinem Urteil über die Politik der Regierung Schröder: Weder in diesem noch im kommenden Jahr wird es von Rot-Grün einen Beitrag zur Belebung der Wirtschaft und für mehr Arbeitsplätze geben.

Rot-Grün ist nicht in der Lage, die Chancen für mehr Wachstum und Beschäftigung zu nutzen, die die grundsätzlich guten Voraussetzungen in Deutschland bieten: Die deutsche Wirtschaft ist insgesamt robust, die Geldpolitik sorgt seit der letzten Zinssenkung durch die Europäische Zentralbank für günstige Ausgangsbedingungen.

Eine Festigung der Konjunktur und eine spürbare Entspannung auf dem Arbeitsmarkt werden zwar nicht erwartet. Eine deutliche Belebung der Wirtschaft und die dringend benötigten neuen Arbeitsplätze

wird es wegen fehlender wirtschafts- und finanzpolitischer Impulse aber nicht geben. So wird das spürbare Absinken der Arbeitslosigkeit in diesem und im nächsten Jahr allein auf statistische Effekte – bedingt durch ein zurückgehendes Erwerbspersonenpotential – zurückgeführt.

Den bisher eingeschlagenen Weg bei der Unternehmensbesteuerung nennen die Institute ordnungspolitisch problematisch. Sie mahnen erneut eine Steuerreform mit einer deutlichen Entlastung an. Diese dürfte nicht durch höhere Steuern an anderer Stelle finanziert werden. Die Finanzierung der Steuerreform müsse vielmehr durch Einsparungen auf der Ausgabenseite zum Beispiel durch Subventionskürzungen erreicht werden. Eine deutliche Absage erteilen die Wirtschaftsforscher in diesem Zusammenhang auch dem Vorstoß der Bundesregierung, Vorschläge zum Subventionsabbau von der Wirtschaft einzufordern, statt eigene Pläne vorzulegen.

SPD muß Gesetz zurücknehmen

Zu den Äußerungen von SPD-Fraktionschef Peter Struck zum Gesetz zur Bekämpfung der Scheinselbstständigkeit erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hermann Kues:

Die Äußerungen von Fraktionschef Peter Struck, mit denen er die Schuld an den verheerenden Auswirkungen des Gesetzes zur Bekämpfung der

Scheinselbstständigkeit den Sozialversicherungsträgern in die Schuhe schiebt, sind eine Frechheit.

Die Union und auch die meisten Experten haben wiederholt und nachhaltig auf die negativen Auswirkungen, insbesondere für Existenzgründer, aufmerksam gemacht. Sich nun über die Konsequenzen der eigenen Gesetze zu wundern, ist mehr als verwunderlich.

Die Chancen besser nutzen

Zum Frühjahrsgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Gunnar Uldall:

Die sechs führenden wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute beschreiben in ihrem Frühjahrsgutachten günstige Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft:

Die Krisenherde der Weltwirtschaft haben sich beruhigt. In Asien belebt die Wirtschaft sich schon jetzt, in Lateinamerika ist im kommenden Jahr mit einem erneuten Aufschwung zu rechnen, in Japan ist der Abwärtstrend gestoppt.

Die monetären Rahmenbedingungen sind insbesondere nach den jüngsten Zinssenkungen der Europäischen Zentralbank günstig für die Konjunktur. Es ist weiterhin mit einer geringen Inflationsrate zu rechnen.

Die Institute rechnen infolgedessen mit einer Wiederbelebung der Konjunktur im 2. Halbjahr 1999 und einem Wachstum von 2,6 % im kommenden Jahr.

Wir brauchen mehr Flexibilität am Arbeitsmarkt

Um diese günstige Prognose zu erfüllen, muß die Bundesregierung ihre Hausaufgaben machen. Die Prognosedaten müssen nicht nur erreicht werden, sondern es muß auch zu einer Steigerung der Beschäftigtenzahl kommen:

Um mehr Beschäftigung zu erreichen, brauchen wir mehr Flexibilität am Arbeitsmarkt. Die Wünsche der Beschäftigten und die Bedürfnisse der Betriebe müssen vor Ort koordiniert werden. Zentralistische Regelungen helfen nicht weiter.

Solange Unterbeschäftigung herrscht, ist eine zurückhaltende Lohnpolitik das Gebot der Stunde. Darüber muß auch im „Bündnis für Arbeit“ gesprochen werden.

Eine durchgreifende Steuerreform für alle muß Arbeitnehmer motivieren und Unternehmer anspornen, neue Aktivitäten zu entwickeln. Besonders wichtig ist ein ganz niedriger Eingangsteuersatz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und zur Erleichterung des Einstiegs in den Arbeitsmarkt. Der Spitzensteuersatz muß im internationalen Vergleich niedrig sein, um Investitionsanreize zu bieten. So werden neue Arbeitsplätze geschaffen und Steuereinnahmen erschlossen. Der finanzielle Spielraum hierfür ist gemäß Einschätzung der Institute größer als von der Bundesregierung behauptet. Deshalb überrascht es, daß die Institute sich ebenso wie die Bundesregierung auf eine reine Unternehmenssteuerreform beschränken wollen.

Es droht sonst der Beginn von Schröders Abschwung

Dringend erforderlich sind Anreize zur Arbeitsaufnahme im Niedriglohnbereich. Hier hat die Regierung Schröder mit ihrem verfehlten 630,- DM Gesetz viele Arbeitsplätze vernichtet. Diese Gesetz muß zurückgenommen werden. Eine Umkehr ist dringend nötig – die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird auf Basis der Überlegungen zum Kombi-Lohn neue Konzepte vorschlagen.

Diese Punkte muß die Bundesregierung beherzigen, um die guten Chancen der Konjunkturlage zu nutzen. Gelingt ihr diese nicht, dann haben wir 1999 keine Wachstumsdelle sondern den Beginn von Schröders Abschwung. ■

Gebührenerhöhung für ARD und ZDF um fast 20 Prozent ist völlig inakzeptabel

Zu der in den Medien verbreiteten Forderung von ARD und ZDF nach einer drastischen Gebührenerhöhung erklärte der Obmann der CDU/CSU für Kultur und Medien, Bernd Neumann:

Die finanziellen Anmeldungen von ARD und ZDF bei der KEF (Kommission zur Überprüfung und Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten) – wie darüber jüngst die Medien berichteten –, die insgesamt zu einer Gebührenerhöhung um ca. 20 % führen würden, sind völlig überzogen und inakzeptabel. Eine Erhöhung der Rundfunkgebühr ab 1. Januar 2001 von jetzt 28,25 DM auf rund 34 DM ist den Bürgern aus sozialen Gründen überhaupt nicht zuzumuten; sie ist aber auch aus medienpolitischer Sicht unverträglich.

In einem ausgewogenen dualen Rundfunksystem darf es nicht sein, daß sich

der öffentlich-rechtliche Rundfunk, der mit über 11 Milliarden DM Gebührengeldern in Deutschland ohnehin der teuerste der Welt ist, immer weiter auf Frequenzen und Sonderkanälen wie eine Krake zulasten des Privatfunks und Privatfernsehens ausbreitet.

Im übrigen hat die KEF in einem ihrer letzten Berichte bei der ARD für diese Gebührenperiode einen Überschuß von mehr als 800 Millionen DM festgestellt. Deshalb grenzt es schon an Unverschämtheit, wenn nun die ARD nur für sich allein eine Erhöhung um 3,40 DM pro Teilnehmer fordert. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk sollte sich auf seinen Funktionsauftrag „Grundversorgung“ konzentrieren und nicht den Versuch fortsetzen, in allen Bereichen den Privaten Konkurrenz zu machen. Eine derart üppige Gebührenerhöhung wäre dann überflüssig.

Jeder zweite SPD-Anhänger noch unentschieden

Jeder zweite SPD-Anhänger (52 Prozent) ist derzeit noch unentschieden, ob er bei der Europawahl am 13. Juni den Sozialdemokraten seine Stimme gibt.

Dies ergab eine repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts polis im Auftrag der SPD, die am 4. Mai veröffentlicht wurde. Dagegen sind sich 61 Prozent der Unionsanhänger „völlig sicher“, daß sie ihre Partei wählen werden. Die Leistungen der Bundesregie-

rung werden der Umfrage zufolge derzeit in der Wählerschaft zurückhaltend beurteilt. Nur 39 Prozent der Befragten zeigen sich „eher zufrieden“.

Bei der sogenannten Sonntagsfrage (welche Partei würden Sie wählen, wenn am Sonntag Bundestagswahl wäre) liegt die Union derzeit mit 42 Prozent vor der SPD (39 Prozent). Die Grünen liegen bei sechs Prozent, die FDP zöge mit vier Prozent nicht mehr in den Bundestag ein.

Viel Beifall für Bundeskanzler a. D. Helmut Kohl

Nach einer für deutsche Politiker ungewöhnlichen Ehrung in den Vereinigten Staaten traf Helmut Kohl erst Montag abend in Erfurt ein. Die Delegierten, die auf Einladung des thüringischen Ministerpräsidenten Bernhard Vogel nach Abschluß der Beratungen des ersten Tages gemeinsam feierten, begrüßten den ehemaligen Bundeskanzler mit großem Beifall. Dem Fotografen ist dabei ein besonders schönes Foto gelungen: der Händedruck des alten und des neuen Parteivorsitzenden.

Edmund Stoiber:

Rot-Grün und PDS machen Politik von gestern. CDU und CSU gehört die Zukunft

Herzliche Grüße aus München, aus Bayern an die CDU und an alle Delegierten und Gäste des Parteitages. Ich freue mich, daß ich das erste Mal als Vorsitzender der CSU die Grüße der Schwesterpartei CSU überbringen kann und daß wir heute gemeinsam zeigen: Die Union ist die Kraft, die Deutschland und Europa bewegt.

Leider ist die Freude, heute bei Ihnen zum erstenmal als Parteivorsitzender sprechen zu dürfen, nicht ungetrübt, weil die schrecklichen Ereignisse in Jugoslawien derzeit natürlich niemanden unberührt lassen. Ich unterstreiche nachdrücklich das, was gestern in einer beeindruckenden Rede Ihr Parteivorsitzender Wolfgang Schäuble und sein Stellvertreter Volker Rühle dazu gesagt haben. Wir haben in vielen Punkten – ich würde sagen, in 95 Prozent, in 96 Prozent aller wesentlichen Sachfragen – eine nahtlose Übereinstimmung, in dieser Frage schon gleich dreimal. Deswegen will ich noch einmal unterstreichen: In diesem Krieg haben wir auch als Opposition eine hohe Verantwortung. Die CSU trägt die Beteiligung Deutschlands am Einsatz der NATO im Kosovo voll mit.

In dieser außenpolitisch dramatischen Situation hätten auch wir grundsätzlich nicht anders gehandelt, wenn wir die Bundesregierung stellen würden. Ich sage: grundsätzlich. Daß es Nuancierungen gegeben hätte oder geben würde, ist eine andere Frage. Opponieren, nur um politische Punkte zu sammeln, würde der staatspoli-

tischen Verantwortung der Opposition, so wie wir sie verstehen, nicht gerecht.

Mit unseren Gedanken – ich will das nachdrücklich unterstreichen – sind wir bei den Soldaten der Bundeswehr.

Das Risiko ihres Einsatzes wird einem, der in der politischen Mitverantwortung steht, klar, wenn man – so wie ich es getan habe – mit Piloten von Lager Lechfeld spricht und sich deren Situation vergegenwärtigt. Mit unseren Gedanken sind wir bei den Soldaten, die ihren schwierigen Auftrag im Krisengebiet erfüllen. Sie nehmen größte – nicht nur große – persönliche Risiken auf sich. Ich sage auch hier: Wir, CDU und CSU, stehen zur Bundeswehr. Wir standen schon zur Bundeswehr, als andere auf der Straße geschrien haben: „Soldaten sind Mörder“.

Rede des CSU-Vorsitzenden und bayerischen Ministerpräsidenten

Ich kann es mir kaum vorstellen, aber es ist so, daß heute im Deutschen Bundestag – ich kritisiere dies nicht, ich stelle es nur fest – Politiker der Grünen von soldatischen Tugenden sprechen. Verzeihen – ja, aber vergessen werde ich es nie, daß der frühere Sprecher der Grünen und heutige Bundesumweltminister im Sommer des letzten Jahres – das sage ich in aller Deutlichkeit – mit linkem Gesindel in Berlin ein öffentliches Gelöbnis von wehrpflichtigen Bundeswehrsoldaten gestört und die Bundeswehr



Jeder kann natürlich seine Meinung ändern. Aber in so grundsätzlichen Fragen ist dies problematisch. Bundeskanzler Helmut Kohl hätte es sich gewünscht, wenn wir in vielen Fragen vom NATO-Doppelbeschuß bis zum Einsatz in Bosnien-Herzegowina eine so verantwortungsvolle Opposition gehabt hätten, wie wir sie heute darstellen.

Diese Überzeugung, von der ich gerade gesprochen habe, hat der heutige Verteidigungsminister Gott sei Dank inzwischen aufgegeben. Er vertritt heute das Gegenteil. Von den Wandlungen eines Gerhard Schröders oder gar

eines Joschka Fischer will ich hier gar nicht reden.

Wenn es in Zukunft um das Thema Bodentruppen geht – ich unterstreiche, was Wolfgang Schäuble gestern zum Einsatz von Kampftruppen in Jugoslawien gesagt hat –, dann können wir nur hoffen, daß konvertierte Pazifisten nicht plötzlich zu Aktivisten einer Stahlhelmfraktion werden und schließlich den Vorrang politischer Optionen aus den Augen verlieren.

Ich frage mich schon, wie verlässlich künftig eine Regierung ist, deren Kanzler, Außenminister und Verteidigungsminister sich in der Vergangenheit in elementaren Sicherheitsfragen so geirrt haben und heute das Gegen-

in einen Zusammenhang mit dem Faschismus gestellt hat. Das ist unerträglich.

Es ist eine Ironie der Geschichte, daß Gerhard Schröder, Rudolf Scharping und Joschka Fischer heute gegen ihre langjährige sicherheitspolitische Überzeugung handeln und zu den militärischen Interventionen der USA und der NATO stehen. Rudolf Scharping hat vor noch nicht einmal vier Jahren in der Diskussion um den Einsatz deutscher Tornados in Bosnien wörtlich erklärt:

Alles, was in der Luft passiert, gefährdet das Leben der Menschen auf der Erde. Man kann nicht in der Luft kämpfen und auf dem Boden Frieden herbeiführen wollen.

teil dessen tun, was sie früher vertreten haben. Dieser radikale Kurswechsel – heute so und morgen so – läßt offen, wohin die genannten Herren morgen unser Land in existentiellen Fragen führen werden.

Das gilt zum Beispiel auch für das Thema Flucht und Vertreibung. Zu Recht verurteilt die Bundesregierung angesichts der unvorstellbaren Not von Bürgerkriegsflüchtlingen im Kosovo die Vertreibung aufs Schärfste. Wo aber – so frage ich den Bundeskanzler – war seine Sensibilität in diesen Fragen am 8. März 1999 gegenüber dem Vertreibungsunrecht an den Sudetendeutschen beim Besuch des tschechischen Ministerpräsidenten in Bonn?

Schröder erklärte, er wolle im deutsch-tschechischen Verhältnis Fragen aus der Vergangenheit überhaupt nicht mehr ansprechen. Zu Recht hat die tschechische Zeitung „Lidove Noviny“ dieser Tage festgestellt, daß eine ethnische Säuberung – dies ist ein schreckliches Wort – auch die Sudetendeutschen erlitten hätten. Ich meine: Wer berechtigterweise heute gegen die Vertreibung im Kosovo vorgeht, der muß auch mehr Sensibilität für das entwickeln, was Deutsche bei ihrer Vertreibung erlitten haben.

Die SPD wird sich auch entscheiden müssen, ob sie mit der PDS – der „fünften Kolonne Belgrads“, wie sie Gerhard Schröder genannt hat – noch länger koalieren kann und will. Hier zeigt sich überdeutlich, wes Geistes Kind die SED-Nachfolgepartei immer noch ist. Wer wie die SPD glaubwürdig für Menschenrechte eintreten will, der darf nicht – allein um der Macht willen – mit der PDS still oder offen koalieren. Dieses Verhalten ist unglaublich.

Die Demokraten in Deutschland sind sich darüber einig: Mit dem militärischen Luft-einsatz müssen wir Mord und Vertreibung stoppen. Aber nur mit den Mitteln der Politik können wir Frieden im Kosovo schaf-

fen. Dazu brauchen wir selbstverständlich die Vereinigten Staaten und die NATO. Dazu brauchen wir in ganz entscheidender Weise aber auch Rußland. Diesen Punkt hat die Bundesregierung phasenweise aus den Augen verloren. Daß es in dieser Frage kein „Entweder-oder“ geben darf, haben auch die Gespräche, die Kollege Lamers und ich vor 14 Tagen in Moskau führen konnten, deutlich gemacht. Ich will diesen Punkt sehr vorsichtig ansprechen, muß aber sagen: Ich bin in Moskau – Kollege Lamers hat dies schon oft dargestellt – immer wieder darauf angesprochen worden, daß man natürlich verunsichert ist, weil Helmut Kohl die außenpolitischen Verhältnisse nicht mehr entscheidend prägen und fortentwickeln kann.

Wir haben in den letzten 10 Jahren nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und nach der Wiedervereinigung gute, zum Teil sehr gute und exzellente Beziehungen zu Rußland aufgebaut. Das Verdienst hierfür kommt in besonderem Maße dem Bundeskanzler Helmut Kohl zu. Das muß man hier noch einmal deutlich darstellen.

Dieser Erfolg darf nicht in Frage gestellt werden. Wir Deutsche dürfen niemals in eine Situation kommen, in der wir uns zwischen absoluter Solidarität mit den anderen Partnern innerhalb der NATO und besseren Beziehungen zu Rußland entscheiden müssen. Die Diplomatie und die Politik müssen uns dies ersparen. Man muß alle gut behandeln.

Der Krieg im Kosovo ist für Europa der Ernstfall; er ist ein Ernstfall für die Durchsetzung von Menschenrechten, ein Ernstfall für die Sicherung von Frieden und Freiheit. Er wird und muß – dazu wird Volker Rühle nach mir sicherlich die Positionen der CDU deutlich machen – zu einer wesentlichen Stärkung unserer Europapolitik führen. Wir müssen Europa als einen politischen Friedensfaktor, der es

von Anfang an war, handlungsfähiger machen. Wir brauchen die Erweiterung der Europäischen Union auf die osteuropäischen Staaten, um so die europäische Friedenszone zu verbreitern und zu festigen. Die Europäische Union stellt sich im Grunde genommen für die Generation, für die auch ich stehe, die die Nachkriegszeit ganz bewußt erlebt hat, als Friedensgemeinschaft dar. Für jeden von uns ist es immer noch ein enormer Glücksfall, daß er, wenn er von München über Mittenwald nach Meran oder von Mailand nach Frankreich fährt, keine Grenzhäuschen mehr passieren muß. Daran wird sozusagen offenkundig, was hier geschaffen worden ist.

Entscheidend ist aber, daß diese Friedensgemeinschaft auch nach Osten hin ausgedehnt werden muß. Die westeuropäische Friedensgemeinschaft, ein ungeheurer Glücksfall in der zweiten Hälfte des ausgehenden Jahrhunderts, muß natürlich verstärkt werden. Hierfür müssen wir neue und enorme Anstrengungen erbringen. Ich halte es für sehr bedenkenswert, was mir Jawlinskij in Moskau erzählt hat. Er sagte mir: Sicherlich ist Rußland heute in einer schwierigen Situation; ihr müßt uns stabilisieren, denn der Osten kann den Westen destabilisieren, wenn der Westen den Osten nicht stabilisiert. Diese Worte gewinnen durch diesen Krieg eine ganz besondere Bedeutung. Das möchte ich nachträglich unterstreichen.

In erster Linie brauchen wir mehr Gemeinsamkeit zwischen den EU-Staaten in der Außen- und Sicherheitspolitik. Die Staaten Europas selber müssen mehr Verantwortung übernehmen. Sie sind ihren Bürgerinnen und Bürgern ein professionelleres Krisenmanagement schuldig. Der Amsterdamer Vertrag von 1997 läßt zwar mehr Koordination der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik zu.

Die Kosovo-Krise zeigt aber wieder: In diesen Bereichen gibt es noch zu wenig

wirklich gemeinsame EU-Politik. Die Vertreibungen im Kosovo machen deutlich, daß zu den großen Aufgaben der Europäischen Union auch die Durchsetzung einer gemeinsamen Asyl- und Flüchtlingspolitik gehört. Die Hilfe für die geschundenen Flüchtlinge aus dem Kosovo ist ein Akt der Menschlichkeit und ist unbestritten geboten. Allerdings ist auch in diesen Fragen eine faire Lastenverteilung ein Gebot europäischer Solidarität.

Jedes Land muß einen angemessenen Teil der Flüchtlinge übernehmen. Deutschland darf nicht wieder mehr als alle anderen zusammen aufnehmen. Wenn von 13 000 ausgeflogenen Kosovaren 10 000 alleine nach Deutschland kommen, dann kann ich nur feststellen, daß es mit der europäischen Solidarität in humanitären Fragen noch nicht so gut bestellt ist, wie es sein müßte. Europäische Waffenbrüderschaft alleine genügt nicht. Wir brauchen auch Solidarität in humanitären Fragen.

Deswegen frage ich auch heute erneut und immer wieder: Welches Europa wollen und brauchen wir eigentlich? Welche politische Union wollen wir? In Maastricht mag die Zeit für eine Antwort auf diese elementaren Fragen noch nicht reif gewesen sein. Heute müssen wir sie langsam klären. Die Europäische Währungsunion und die bitteren Erfahrungen im Kosovo zwingen uns, der deutschen Europapolitik ein klares Ziel zu geben und uns in der Tat mehr mit Fragen der Finalität auseinanderzusetzen.

Wollen wir in der Tat einen europäischen Bundesstaat, wie ihn Joschka Fischer im Europäischen Parlament gefordert hat, mit zwei Kammern, dem Europäischen Parlament und einer zweiten Kammer, deren Mitglieder von den Parlamenten der Mitgliedstaaten gewählt werden? Ist das das Europa von morgen, das wir wollen? Oder wollen wir mehr ein Europa der

Vielfalt und der Regionen? Darum müssen wir ringen, um auch in der Bevölkerung eine noch stärkere Diskussion über die Fragen der Finalität Europas zu erreichen.

Ich komme auf die Agenda 2000 zu sprechen. Ich weiß, daß das alles zur Zeit ein bißchen untergeht. Der Kosovo-Konflikt ist eine existentielle Frage, aber deshalb dürfen wir nicht zulassen, daß alle anderen Themen, die uns betreffen und die die Menschen berühren, völlig zweitrangig behandelt werden. Die Agenda 2000 ist das in Zahlen gefaßte Integrations- und Regierungsprogramm der Europäischen Union bis zum Jahre 2006. Sie sollte vor allem die Voraussetzungen für den Beitritt der Reformstaaten Mittel- und Osteuropas schaffen. Dies ist heute um so dringender, weil die Konsequenz aus dem Krieg im Kosovo eine Ausdehnung der Friedensgemeinschaft Europa sein muß.

Ich sage es deutlich: Der Berliner Gipfel muß vor dem Hintergrund der Entwicklungen der letzten Wochen insgesamt noch einmal neu überdacht werden. Beim Berliner Gipfel wurde der Dramatik der Ereignisse, die sich in den Wochen danach abspielten, nicht genügend Rechnung getragen. Gerhard Schröders Ankündigungen für den europäischen Gipfel in Berlin waren natürlich vollmundig: Reduzierung der deutschen Nettozahlungen aus Gründen der Gerechtigkeit und eiserne Haushaltsdisziplin. Bei allen Fragen, die für Deutschland und für Europa wichtig sind, hat die Bundesregierung nichts erreicht. Vom Sparen in der Europäischen Union kann keine Rede mehr sein. Es steht ja in allen Papieren der Kommission: Der europäische Haushalt steigt entgegen den Ankündigungen zum Sparen von 164 Milliarden DM 1998 auf voraussichtlich 206 Milliarden DM im Jahre 2006, ohne Berücksichtigung der Inflation.

Die Gerechtigkeitslücke innerhalb des Finanzierungssystems der Euro-

päischen Union besteht weiter. Natürlich wissen wir alle, daß Deutschland als größtes und starkes Land in Europa aus Solidaritätsgründen Nettozahler bleiben wird. Die Bundesregierung hätte aber eine merkliche Korrektur der eigentlich von allen als ungerecht empfundenen Nettobelastungen und -zahlungen erreichen müssen. Helmut Kohl und Theo Waigel haben 1992 – ich will das noch einmal ins Gedächtnis rufen – einen Schlüssel in Edinburgh vereinbart, der zu einer Senkung des Nettobeitrages von 27 Milliarden DM im Jahre 1994 auf 22 Milliarden DM im Jahre 1998 geführt hat. Das ist innerhalb von vier Jahren eine Reduzierung um 5 Milliarden DM.

Schröder hat angekündigt, das sei ein Klacks. Er werde den Europäern erst einmal richtig Mores lehren. Nach Angaben der Europäischen Kommission – es ist für mich eine neue Erfahrung, daß das überhaupt nicht beachtet wird – liegt die Nettobelastung Deutschlands im Jahre 2006 ohne Berücksichtigung der Kosten für die Osterweiterung um 300 Millionen DM höher als im Jahre 1999.

Es kann also überhaupt keine Rede davon sein, daß in der Tendenz die Kurve der deutschen Nettozahlungen gestoppt oder umgedreht wird. Die Behauptung der Bundesregierung, Schröder habe erreicht, daß wir im Jahre 2006 weniger zahlen müßten, ist falsch. Die Berechnungen der Europäischen Kommission widerlegen die des Bundesfinanzministeriums, das katastrophal ist, seit Lafontaine bzw. Eichel das Sagen hat.

Die Bundesregierung hat die Chancen der Osterweiterung nicht gefördert, sondern verbaut. Die für die Osterweiterung vorgesehenen Mittel sind unrealistisch niedrig. Wer die Osterweiterung wirklich will, aber im Jahre 2006 insgesamt nur 3,4 Milliar-

den Euro für die Landwirtschaft ausgeben will, der schafft die Osterweiterung nicht, der gibt zu erkennen, daß er darauf keine echte Priorität setzt. Wenn ich die Osterweiterung wirklich will, dann muß ich dafür mehr Geld aufwenden, als ich es für den Kohäsionsfonds tue. Sonst bin ich gerade in den bestehenden Zeiten in meiner politischen Aussage nicht glaubwürdig.

Das definitive Ende des Kohäsionsfonds wurde von der Bundesregierung nicht erreicht. Der Kohäsionsfonds sollte möglichst viele Mitgliedstaaten fit machen für die Währungsunion. Jetzt sind die EU-Länder zum großen Teil dabei, trotzdem läuft er beinahe in alter Höhe weiter. Das bedeutet: Das für die Osterweiterung notwendige Geld wurde nicht eingespart. Die Osterweiterung, und damit die wichtige Ausdehnung der europäischen Friedensgemeinschaft nach Osten, wird auf die lange Bank geschoben. Im Interesse des Friedens in Europa wären mehr politischer Mut und Durchsetzungskraft der Bundesregierung nötig gewesen. Auch hier Fehl-anzeige!

Deswegen bitte ich Sie sehr eindringlich, in den nächsten Wochen im Europawahlkampf neben der Diskussion über die Krise im Kosovo die Fehler der Bundesregierung, gerade was die Architektur Europas für das Jahr 2006 betrifft, nicht untergehen zu lassen. Die Menschen haben am 13. Juni dieses Jahres die Chance, dazu ja oder nein zu sagen. Ein Ja zur CSU, ein Ja zur CDU bedeutet ein Ja zu Europa, zu einem gerechteren Europa und auch zu einer politischen Friedensgemeinschaft im Osten.

Auch eine wirkliche Reform der Agrarpolitik blieb auf dem Berliner Gipfel aus. Das Verhandlungsergebnis bedeutet mehr Bürokratie, sinkende Einkommen und den Verlust von weiteren Zehntausenden von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft. Schröder hat seine Versprechungen nicht erfüllt.

Er hat die Chance zu einer großen Reform vertan. Die Bundesregierung hat in Berlin so verhandelt, wie sie in Bonn regiert: schlecht. Das müssen wir deutlich machen.

Was wollen wir? Wir wollen ein Europa der Vielfalt, in dem die Eigenverantwortung der Staaten, der Regionen und der Bürger gefördert wird. Wir wollen kein zentralistisches Europa, kein bürokratisches Europa, kein Europa der Gleichmacherei. Wir wollen deshalb keine europäische Verfassung, die auf einen Staat hinauslaufen würde, sondern eine Charta der Europäischen Union auf verfassungsvertraglicher Grundlage, die die Grundprinzipien und Kompetenzen der Europäischen Union klar definiert. Dazu gehören eine klare Kompetenzabgrenzung zwischen den Regionen, den Mitgliedstaaten und der Europäischen Union sowie eine Regelung der Aufgaben der Organe und der politischen Entscheidungsfindung.

Wir, CDU und CSU, wollen ein Europa der Vielfalt. Der europäische Kontinent ist im Vergleich zu anderen Kontinenten von einer Vielfältigkeit der Kultur, der Sprache und der Entwicklung gekennzeichnet. Die wollen wir dort, wo sie wertvoll ist, bewahren.

Den kulturellen Reichtum, den wir Deutsche in Europa einbringen können und einzubringen haben, können wir, lieber Bernhard Vogel, gerade hier in Thüringen deutlich spüren. Hier zwischen Werra und Saale, zwischen Wartburg und Kyffhäuser konnte sich eine kulturelle Blüte entwickeln, die auf Deutschland und Europa ausstrahlte. Dieses vielfältige kulturelle Erbe wollen wir erhalten und in Europa einbringen.

Für mich, für uns, für meine Partei, die CSU, steht fest: Nur mit Vielfalt und Wettbewerb, mit Nationalstaaten und Regionen wird Europa in der Welt Erfolg haben. Für diesen Wettbewerb in Europa und darüber hin-

aus müssen wir uns fit machen. Das bedeutet: Deutschland muß seine Probleme aus eigener Kraft angehen. Wie soll das mit einer Bundesregierung geschehen, die auf ihrem Schlingerkurs nicht die Kraft zu notwendigen Reformen findet?

Ich will einen anderen Bezug herstellen. Wir sprechen heute bereits von einem Marshallplan für Südosteuropa. Natürlich brauchen wir, wenn wir unsere Friedensgemeinschaft in den Osten erweitern wollen, eine Art Marshallplan für die vielen südosteuropäischen Länder. Aber dazu brauchen wir natürlich Geld. Dieses Geld wird nicht der afrikanische oder der südamerikanische Kontinent aufbringen können, sondern in entscheidendem Maße der europäische. Auch wir Deutsche werden uns daran beteiligen müssen. Aber wir können uns nur beteiligen, wenn wir die notwendige Kraft entfalten, wenn die deutsche Volkswirtschaft wettbewerbsfähig und stark ist, wenn sie in der Lage ist, die Gelder für einen solchen Marshallplan aufzubringen. Unter diesen Gesichtspunkten stelle ich fest: Wer Reformen im eigenen Lande versäumt, wird nicht in der Lage sein, einen solchen Marshallplan zu finanzieren und damit die notwendige Friedensleistung zu erbringen.

Der Konflikt im Kosovo darf nicht überdecken, daß die Bundesregierung auf die großen Herausforderungen Deutschlands und die Sorgen von Millionen von Bürgern keine Antwort hat. Was hindert denn eigentlich die Herren Müller und Riester, sich um die wirklichen Probleme der Menschen und der Wirtschaft zu kümmern und eklatante Fehler der Bundesregierung zu korrigieren, die doch in jeder Zeitung nachzulesen sind? Meine Damen, meine Herren, täuschen wir uns nicht! Lesen Sie nur die Zeitungen. Heute vielleicht nicht auf der ersten oder der zweiten Seite, aber natürlich in Massivität in kleinen Anzeigenblättern, in Regionalzeitungen und im

Wirtschaftsteil auch der großen Zeitungen wird auf folgendes hingewiesen – ich lese einmal vor, was am Samstag letzter Woche im Wirtschaftsteil der „Frankfurter Allgemeinen“ gestanden hat –:

Tausende von geringfügig Beschäftigten haben schon gekündigt.

Weiter ist zu lesen:

Das Korrekturgesetz zur Scheinselbständigkeit gefährdet tausende Existenzen.

In diesem Artikel heißt es weiter:

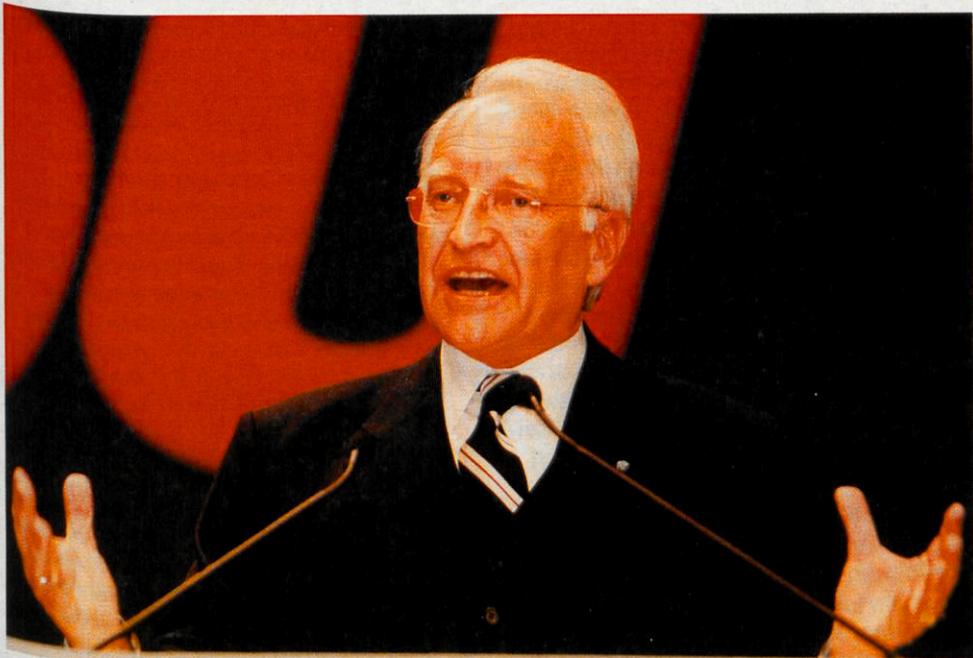
Der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger hat dem Bundeskanzleramt Namen von 8 900 Zustellern übergeben, die ihre Arbeit aufgegeben haben.

Ich vermute: Darunter befinden sich wohl auch die Zeitungszusteller von Herrn Riester und Herrn Müller. Denn offenbar gelangt ihnen nicht mehr zur Kenntnis, was in den Zeitungen steht.

Wir als Opposition haben eigene Konzepte. Wir müssen unsere Alternativen zur Regierungspolitik – darum wird hier und nicht nur hier und heute, sondern auch in den nächsten Wochen und Monaten in der CDU gerungen – deutlich machen:

Erstens: Wir brauchen eine wirksame Politik für mehr Beschäftigung. Deutschland muß im Zeitalter der Globalisierung auf seine Stärken setzen und bestehende Schwächen im internationalen Wettbewerb um Märkte und Absatzchancen konsequent durch Reformen abbauen.

Die Grenzen verlieren ihren trennenden Charakter. Das war die Politik aller Regierungen, vor allen Dingen der Unionsregierungen von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl. Heute haben sie ihren trennenden Charakter verloren, und wir sind darüber glücklich und darauf stolz. Aber damit verliert natürlich auch der Staat, der Nationalstaat, ein Stück seiner Schutzfunkti-



on, weil er nicht mehr so eingreifen kann, wie er es getan hat, als die Grenzen noch ihren trennenden Charakter und damit auch ihren Schutzcharakter hatten.

Das kann ich nicht ausgleichen, indem ich – wie Oskar Lafontaine – auf zentralistische Weise sage, ich mache aus Europa einen Staat, und ich harmonisiere alles. Dann gehe ich noch an Ziel-Zwei-Zonen heran und mache so eine Art Weltregierung. Meine Damen und Herren, das hat Klein Oskar ja geglaubt, bis er von Herrn Greenspan ausgelacht worden ist. Vielleicht ist das mit ein Grund dafür gewesen, daß er sich dann auf eine Art und Weise getrollt hat, die man letzten Endes nicht akzeptieren kann. So geht man nicht aus einem Amt, in das man hineingewählt worden ist!

Also müssen wir natürlich bei aller Solidarität im Wettbewerb stehen. Das, was im Deutschen Bundestag und im Bundesrat

entschieden wird, steht heute in Konkurrenz zu dem, was im Kongreß in Washington entschieden wird, in Konkurrenz zu dem, was in der französischen Nationalversammlung oder im italienischen Parlament entschieden wird. Wir stehen heute in bestimmten Fragen in Konkurrenz zu anderen politischen Entwürfen.

Deswegen ist es heute so entscheidend, daß wir den Wettbewerb annehmen. Der Internationale Währungsfonds hat recht, wenn er in seinem Sonderbericht letzte Woche zu dem Ergebnis kommt – ich zitiere:

Nur durch eine Kombination umfassender struktureller Reformen und makroökonomischer Begleitmaßnahmen kann ein nachhaltiger Abbau der hohen strukturellen Arbeitslosigkeit in Europa erreicht werden.

Eine solche Kombination ist von der Bundesregierung nicht zu erwarten. Denn bei dieser Bundesregierung

herrscht leider die Kombination von umfassenden strukturellen Fehlleistungen und mikroökonomischen Nachbesserungen. Einer solchen Regierung gehört gekündigt, damit wieder mehr Menschen eingestellt werden können. Das ist unsere Aufgabe!

Als Reaktion auf den weltweiten Modernisierungs- und Wettbewerbsdruck brauchen wir vor allem – und dazu können auch die Bundesländer einen entscheidenden Beitrag leisten – mehr Innovation bei Hochtechnologien und modernen Dienstleistungen. Wir brauchen erstklassige Schulen und Hochschulen. Wir brauchen mehr Leistungsanreize auch durch eine drastische Senkung von Steuern, und wir brauchen trotz aller Schwierigkeiten auch mehr Eigenverantwortung und mehr Sozialverantwortung.

Rot-Grün lullt die Deutschen ein und verspricht das Blaue vom Himmel: „Es kann alles beim alten bleiben“, hat Gerhard Schröder gesagt. „Wir ersparen euch die Härten des globalen Wettbewerbs!“ Deswegen haben sie alle strukturellen Entscheidungen der Regierung aus CDU/CSU und FDP aufgehoben mit verhängnisvollen Folgen, die morgen und übermorgen noch gespürt werden. Unsere Gesetze für mehr Beschäftigung haben nachweislich den Krankenstand gesenkt und die Mobilität des Arbeitsmarktes erhöht. Mit der Rücknahme dieser maßvollen Reformen sind neue Arbeitsplätze bestimmt nicht entstanden; im Gegenteil: Das wird Arbeitsplätze kosten.

Die Ursachen unserer Beschäftigungskrise sind überwiegend struktureller Art und hausgemacht. Ich gehe ja gar nicht auf die Vereinigten Staaten von Amerika ein, aber warum hat denn Großbritannien eine viel niedrigere Arbeitslosigkeit als wir? Oder um ein kleineres Land zu nehmen: Warum herrscht denn in Holland beinahe Vollbeschäftigung? Und warum haben wir auch in Deutschland ein so großes Ungleichge-

wicht bei der Arbeitslosigkeit zwischen Norden und Süden? Das hat natürlich auch ein bißchen mit der Politik zu tun. Manche Länder haben eben ihre Hausarbeiten gemacht.

Der Aufwärtstrend, den wir in Deutschland beim Wirtschaftswachstum noch 1998 zu verzeichnen hatten, ist beendet. Rot-Grün hat ein Arbeitsplatzverhinderungsprogramm gestartet. Ich glaube, darüber müssen wir im Interesse der aufgebrachten Menschen, deren Existenz zum Teil entscheidend beeinträchtigt ist, reden. So müssen wir über die Neuregelung der 630-DM-Jobs und über das Gesetz gegen die Scheinselbständigkeit sprechen.

Die Neuregelung der 630-DM-Jobs kostet Arbeitsplätze, fördert die Schwarzarbeit und treibt Unternehmen, die auf diese Kräfte angewiesen sind, in den Ruin. Ich will überhaupt nicht bestreiten – wir selber waren ja mitten in den Überlegungen zu einer Konzeption, mit der wir das Problem lösen können –, daß natürlich bei vier oder fünf Millionen Arbeitsplätzen durch 630-DM-Arbeitsverhältnisse auch Mißbrauch getrieben worden ist. Das ist auch eine Folge unseres eng regulierten Arbeitsmarktes. Das muß man ja alles sehen; deswegen ist das ja auch als eine Art Filter betrachtet worden. Aber wie hat die Bundesregierung dieses Problem gelöst? Ich will jetzt nicht die ganzen Fälle aufzeigen, die damit verbunden sind. Ich will auch nicht weiter auf den bürokratischen Aufwand eingehen. Da muß einer – ich erlebe das ja – zum Finanzamt gehen und fragen: „Geben Sie mir eine Unbedenklichkeitsbescheinigung?“ - Gegenfrage: „Hast du Einkünfte?“ – Da sagt er: „Nein.“ – Darauf der Finanzbeamte: „Aber hast du vielleicht ein Sparguthaben?“ – Da sagt der: „Ja, ich habe 2000 Mark auf dem Sparguthaben.“ – Antwort: „Dann kann ich dir die Bescheinigung nicht geben.“

denn du hast Zinseinkünfte und damit Nebeneinkünfte.“

Dann geht der Mann, der auf die Regierung vertraut hatte, nach Hause und weiß nicht, was er tun soll. Das sind die Probleme, die Tausende und Zehntausende von kleinen Leuten bewegen! Wen trifft man denn damit entscheidend? Die kleinen Leute! Man trifft doch nicht die großen. Man zerstört mühsam aufgebaute Existenzen.

Das Schlimmste – für mich noch gravierender, weil es strukturell völlig fehlerhaft – sind die realitätsfernen Regelungen gegen die Scheinselbständigkeit. Sie erstickten viele Unternehmensgründungen bereits im Keim. Meine Damen und Herren, was für ein Problem haben wir denn in Deutschland? Wir haben das Problem, daß wir heute in Deutschland insgesamt nicht einmal mehr einen Anteil von 10 % Selbständigen an den Berufstätigen haben. Wir brauchen mehr Selbständige. Wir brauchen mehr selbständige Existenzen. Dafür tun viele Länder etwas. Erwin Teufel, Kurt Biedenkopf, der Kollege Vogel und andere, wir bemühen uns, die Selbständigenquote nach oben zu bringen, wir bemühen uns, es attraktiv werden zu lassen, daß man sich selbständig macht. Wir bemühen uns darum, daß nicht mehr 90 % der Absolventen von Hochschulen gar nicht daran denken, sich selbständig zu machen. Wir brauchen mehr Selbständige, um mehr Arbeitsplätze zu bekommen.

Bei aller Wertschätzung für BMW, für Mercedes und Chrysler: Den Schwerpunkt der Arbeitsplätze bieten doch die kleinen und mittelständischen Unternehmungen, und bieten die neuen Existenzgründer, die anfangen.

Nun reden wir alle von mehr Selbständigkeit, von mehr Mut zur Selbständigkeit. Dann fängt einer an, vielleicht als Fliesenleger oder als Designer. Der macht es al-

leine, der hat den Mut, und er hat einen Auftraggeber. Mit dem kommt er zunächst einmal über die Runden, und dann will er die Existenzgrundlage legen, um morgen zwei oder drei oder vier oder fünf Auftraggeber zu bekommen. Aber was sage ich diesem Mann in der jetzigen Situation? Der verzweifelt doch, denn auf Grund von zwei Kriterien ist er Scheinselbständiger, und damit soll er in die Sozialversicherung. Der Auftraggeber sagt ihm: dann nicht. Was ist die Konsequenz? Die selbständige Existenz geht zu Ende und zugrunde. Es ist genau die falsche Denkweise, die Herr Riester hat. Der glaubt das!

Da wird gesagt – jetzt fangen auch die Roten und die Grünen an, so zu reden: Wir brauchen mehr Bill Gates. Dazu kann man stehen, wie man will, aber das ist natürlich ein Symbol für Selbständigkeit in Amerika. Doch unter den jetzigen Bedingungen gibt es niemals einen Bill Gates in Deutschland. Deswegen muß das Gesetz weg, und die müssen weg, damit wir wieder richtig gestalten können.

Hier geht es – ich sage das noch einmal mit allem Nachdruck – um Zehntausende, ja um Hunderttausende Existenzen, die den Mut haben, sich aufzuschwingen, sich selbständig zu machen, und von der Politik Knüppel zwischen die Beine geworfen bekommen. Glauben Sie mir, bei aller Bedeutung vieler Probleme – ich will nichts von den Problemen im Kosovo usw. wegreden: Das erregt die Leute draußen, und wir müssen uns mit aller Kraft dazu zu Wort melden, damit über den Kosovo nicht die Fehler dieser Bundesregierung verdeckt werden. Das muß aufgedeckt werden!

Was ist die Antwort der SPD auf unser Beschäftigungsproblem? – Europäischer Beschäftigungspakt. Als Ministerpräsident von Niedersachsen hat Schröder die Verantwortung für die Arbeitslosigkeit in seinem Land als angeblich makroökonomi-

sches Problem noch nach Bonn zur früheren Bundesregierung geschoben. Jetzt trägt er als Bundeskanzler die von ihm beschworene makroökonomische Verantwortung - und prompt will er das Problem nach Brüssel schieben. Wenn es da auch nicht funktioniert, dann kann man darauf warten, daß er Kofi Annan einlädt, meine Damen und Herren, und das Problem von der UNO lösen lassen will.

Das ist doch der Punkt. Die Ursachen unserer Beschäftigungskrise liegen entscheidend in Deutschland selbst und nicht in der Europäischen Union. Politik für mehr Arbeitsplätze muß deshalb in Deutschland gemacht werden und nicht in erster Linie in Brüssel.

Zweitens: Wir verfolgen eine Ausländerpolitik, die die Integration fördert und fordert. Probleme auf dem Arbeitsmarkt für Deutsche und langfristig in Deutschland lebende Ausländerinnen und Ausländer bringt auch die Zuwanderung. Schon deshalb müssen wir diese begrenzen. Wir wollen eine Ausländerpolitik, die zur Integration, nicht zur Aufspaltung in ein Nebeneinander und ein Gegeneinander von Multi-Kulti führt. Rot-Grün - jedenfalls deren Repräsentanten - will eine multikulturelle Gesellschaft. Die Mehrheit unserer Bürgerinnen und Bürger will so etwas nicht. Sonst hätten sich auch nicht so viele Menschen - fast 5 Millionen - an unserer Unterschriftenaktion beteiligt. Das blieb nicht ohne Eindruck auf die Bundesregierung.

Was Rot-Grün jetzt beim Staatsbürgerschaftsrecht ändern will, ist trotz einiger Korrekturen letztlich die Einführung des Doppelpasses durch die Hintertür. Die Beratungen dieses entscheidenden und einschneidenden Gesetzes zur Änderung des Staatsbürgerschaftsrechtes sollten von der Bundesregierung gerade auch mit Blick auf die Auseinandersetzungen

in Jugoslawien und die großen Flüchtlingsströme nach Deutschland ausgesetzt werden. Wolfgang Schäuble hat mit dem, was er vorgeschlagen hat, völlig recht.

Das mindeste, was man verlangen kann, ist zu sagen: Wir sind bereit, darüber zu reden. Ihr habt Euren ersten Entwurf wegen unserer Kraft zurückgezogen. Wir sind bereit, mit Euch darüber zu reden. Aber diese immer noch falsche gesetzliche Grundlage durchzupeitschen, das ist nicht sachgerecht. Wir sind in den entscheidenden Fragen wirklich eine nationalverantwortliche Opposition. Aber dann können wir auch verlangen, daß die Regierung bei solchen entscheidenden Maßnahmen nicht über den Willen der Mehrheit der Bevölkerung und über den Willen der Opposition so locker hinweggeht. Das müssen wir immer wieder deutlich machen.

Drittens: Wir stehen für eine soziale Politik. Rot-grüne Sozialpolitik versteht sich auch im Zeichen der Globalisierung als Umverteilungspolitik zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Arm und Reich. Reine Umverteilungspolitik aber verschwendet Ressourcen und verspielt die Zukunft unseres Landes. Wer heute nur auf Umverteilung setzt, der wird bald nichts mehr zum Umverteilen haben.

Moderne Sozialpolitik muß Startchancen verbessern, muß Lebensperspektiven eröffnen und Teilhabe an der Wissens- und Informationsgesellschaft ermöglichen. Sie muß den Grundsatz der Eigenverantwortung und der Eigeninitiative wieder stärken. In all unseren Aussagen, in den wissenschaftlichen Abhandlungen der Stiftungen, in unseren politischen Diskussionen stellen wir fest: Die klassische Industriegesellschaft, begonnen im ausgehenden 19. Jahrhundert, voll in der Blüte im 20. Jahrhundert, beginnt sich dramatisch zu verändern. Wir entwickeln uns zunehmend in eine Informations-, in eine Wissensge-

sellschaft hinein. Hier müssen wir sagen: Kapital kann man umverteilen, Wissen kann man nicht umverteilen. Ich muß den jungen Menschen die entsprechenden Startchancen geben.

Ich spreche hier aus eigener Erfahrung. Ich komme selbst aus – wie sagt man so schön? – kleinen Verhältnissen. Ich bin das dritte Kind meiner Eltern und konnte – was meine beiden Schwestern in dieser Weise noch nicht tun konnten – die Chance wahrnehmen, in Rosenheim aufs Gymnasium zu gehen. Ich hatte die Chance, dann auch studieren zu dürfen – nach Ableistung der Bundeswehr natürlich.

Ich hatte damit auch die Gewißheit, daß ich einen Abschluß erwerbe, der wettbewerbsfähig ist. Das ist mein Problem: Heute entsteht zunehmend und gerade in den nördlichen Ländern – aber nicht allein – eine private Ausbildungseinrichtung nach der anderen bis hin zu privaten hochschulähnlichen Ausbildungen mit Semestergebühren von 40.000 bis 50.000 DM. Die Institute müssen zum Teil Zugangssperren anordnen. Das bedeutet: Wenn es in der Bildungspolitik so weitergeht – ich verweise hierzu auf das, was die Rot-Grünen gerade in ihren Ländern bezüglich der Gesamtschule und allem, was damit zusammenhängt, gemacht haben –, dann fördert das nicht den Leistungsgedanken, und es schafft letzten Endes Ungleichheit. Wer Geld hat, kann sich eine private Ausbildungseinrichtung leisten, der andere kann es sich nicht leisten.

Für mich ist ein wesentlicher Teil der modernen Sozialpolitik auch eine enorme Reformbereitschaft in der Grundschule, in der Hauptschule, in der Realschule, in der Berufsschule, in der Universität. Wir müssen nicht nur die Schwachen fördern, sondern wir müssen auch die Starken fördern, denn ohne Starke bringen wir nichts zustande.

Letzter Punkt: Wir setzen auf eine nachhaltige Politik. Das Prinzip der Nachhaltigkeit hat seinen Ursprung in der Umweltpolitik. Nachhaltige Entwicklung heißt: Wir dürfen nicht von der Substanz leben, sondern müssen das, was uns wertvoll ist, von Generation zu Generation weitergeben: eine artenreiche Natur, naturnahe Landschaften, Wälder, Lebensräume für Menschen, Tiere und Pflanzen. Auch kommende Generationen haben einen Anspruch auf die natürlichen Lebensgrundlagen. Wenn wir ganz ehrlich sind, betrachten wir soziale Gerechtigkeit vorwiegend auf die lebende Generation bezogen, auf Jung und Alt, Mann und Frau, Arm und Reich. Soziale Gerechtigkeit und Gerechtigkeit an sich gibt es nur für die derzeit auf der Welt Lebenden, aber soziale Gerechtigkeit muß auch eingelöst werden gegenüber denen, die morgen und übermorgen geboren werden.

Das verlangt auch unser christliches Bekenntnis. Wir haben auch ein „C“ in unserem Parteinamen. Nachhaltigkeit ist ein zutiefst christliches Element, wenn ich es einmal sehr hoch angebunden ausdrücken darf. Eine Politik des blanken Materialismus und egoistischen Gegenwartskonsums zerstört unsere Lebensbasis für die Zukunft. Unsere Verantwortung für die Schöpfung geht weit über das Heute hinaus. Das unterscheidet uns auch fundamental von anderen Parteien.

Wir müssen uns bei allem, was wir tun, immer wieder fragen: Verbauen wir durch unsere Politik die Chancen künftiger Generationen? Lassen wir den Jungen genug Freiraum für die Zukunft?

Das Prinzip der Nachhaltigkeit ist deswegen ein Maßstab für alle Politikfelder und muß auf allen politischen Entscheidungsebenen mehr Beachtung finden – gerade auch in der Finanzpolitik. Als Politiker

will man natürlich Probleme lösen, und wenn man zuwenig Geld dafür hat, geht man notfalls in die Verschuldung, um in der Gegenwart Probleme lösen zu können. Mit der Verschuldung kauft man sich gewissermaßen Zeit ein. Aber letzten Endes, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir ganz ehrlich sind, gilt: Wenn wir über unsere Verhältnisse leben, wenn wir uns mehr leisten, als wir leisten, muß das, was wir uns leisten, die nächste Generation bezahlen. Deswegen gehört natürlich auch die Nachhaltigkeit nicht nur zur Umweltpolitik, sondern sie gehört in hohem Maße auch zur Finanzpolitik und zu vielen anderen Bereichen, auch wenn sie dort vielleicht nicht so attraktiv ist, wie sie es im Bereich der Umweltpolitik ist.

Ich sage noch einmal: Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit gegenüber den künftigen Generationen müssen in noch stärkerem Maße ein Element unserer gesamten Politik sein, angefangen bei der militärischen Situation bis hin zur zivilen Situation. Ich will das sehr deutlich aussprechen.

Ich freue mich, daß die CDU in ihrem Leitantrag fordert, mittelfristig müsse in Deutschland ein Bundeshaushalt ohne Nettokreditaufnahme angestrebt werden. Das zeigt: CDU und CSU ziehen auch in dieser elementaren Frage am gleichen Strang. Ich bin überzeugt: Wir liegen auch hier richtig. Die Bürger werden dafür Verständnis haben.

Wir brauchen eine zukunftsfähige und verlässliche Politik in Deutschland und für Europa. Wir brauchen eine Politik, die das bewegt, was die Menschen bewegt. CDU und CSU stehen gemeinsam vor der historischen Aufgabe, die bürgerliche Mitte zu bündeln und zu neuer politischer Kraft zu formieren. Diese Kraft müssen wir im föderalen Deutschland natürlich sowohl im Bundestag als vor allen Dingen auch über die Länder mobilisieren.

Ich sage auch das: Es gab in der CDU und in der CSU – ich habe vieles miterlebt – Höhen und Tiefen in der Zusammenarbeit. Deswegen mein ganz, ganz herzlicher Dank an Ihren Parteivorsitzenden Wolfgang Schäuble, der sich in dieser Aufgabe, alle sozusagen mit zu integrieren, aufreißt.

Ich glaube, wir haben ein außerordentlich enges politisches und freundschaftliches Verhältnis im Laufe der Jahrzehnte entwickeln können, auch wenn wir uns oft einmal gestritten haben, er als Bundesinnenminister und ich als bayerischer Innenminister oder er als Chef des Kanzleramtes bei Helmut Kohl und ich als Leiter der Staatskanzlei von Franz Josef Strauß. Da hat es natürlich hin und wieder einmal gekracht und auch gerauscht.

Wir leben heute leider in einer Situation, lieber Wolfgang Schäuble und lieber Helmut Kohl, in der das bürgerliche Lager in Europa zerstritten ist. Wir erleben das gerade in Frankreich. Jospin kann nur deswegen so sicher den Wahlen entgegengehen, weil das bürgerliche Lager leider zerstritten ist. In Italien haben wir leider keine Formation des bürgerlichen Lagers; das können weder Berlusconi noch Dini sein. Wir haben in Skandinavien das Dilemma, daß das bürgerliche Lager zerstritten ist. Wenn in Deutschland als dem Motor Europas das bürgerliche Lager – und das sind nur CDU und CSU – zerstritten ist, wäre dies das Ende.

Nach der für die CDU und die CSU so bitteren Niederlage bei der Bundestagswahl am 27. September gab es in der veröffentlichten Meinung und darüber hinaus zahlreiche höhnische Stimmen, die der Union den Absturz in die politische Bedeutungslosigkeit prophezeiten. Heute, sieben Monate danach, können wir sehr realistisch und ohne Überheblichkeit feststellen: Keine Regierung zuvor hat derart stark und derart rasch Vertrauen bei

den Bürgerinnen und Bürgern eingebüßt wie die Regierung Schröder.

CDU und CSU haben dagegen – das kam gestern auch in den Beiträgen von Angela Merkel, Wolfgang Schäuble und vielen anderen zum Ausdruck – rasch wieder Tritt gefaßt. Ich sage es noch einmal: Wir verdanken das ganz wesentlich Wolfgang Schäuble, dem ich für seinen Mut, seinen Offensivgeist und seine kluge politische Führung die Anerkennung der Schwesterpartei sehr deutlich aussprechen möchte.

Wir haben hier eine ganz hervorragende Grundlage, meine sehr verehrten Damen und Herren. Mit Norbert Blüm verbindet mich seit vielen Jahrzehnten gemeinsamer Kampfgeist. Mit Frau Schavan ergibt sich im Süden mit gemeinsamer Bildungspolitik natürlich automatisch eine ganz hervorragende Kooperationsmöglichkeit. Christian Wulff und ich kennen uns seit Jahren, um nicht zu sagen seit Jahrzehnten. Wir werden es das nächste Mal auch schaffen; er wird dann dort sitzen, wo heute Koch sitzt.

Wir ziehen gemeinsam an einem Strang. Rot-Grün hat in Hessen verloren. Die CDU mit Roland Koch an der Spitze hat dort fulminant gewonnen.

Das ist ein Aufbau. Ihr Erfolg, lieber Roland Koch, hat gezeigt: Wer ein offenes Ohr für die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger hat, der wird gewinnen. Gerade hier in Thüringen haben die Wählerinnen und Wähler am 12. September eine wichtige Richtungsentscheidung zu treffen. Lieber Bernhard, wenn Thüringen heute bei vielen, um nicht zu sagen: bei nahezu allen wirtschaftlichen Kennziffern im Kreis der fünf neuen Länder vorne liegt – bei der Beschäftigung, beim Export, in der Investitionspolitik, bei der Qualität von Hochschulen –, dann ist das maßgeblich auf die kluge Weichenstellung auch Deiner Regierung zurückzuführen.

Diesen Erfolg wollen die Menschen hier im Lande für die Zukunft. Wir schreiten dabei Seite an Seite mit der CDU. Wir wollen unseren kleinen Beitrag dazu leisten, daß all das, was wir uns hier wünschen, auch in Erfüllung geht.

Liebe Freunde, vor zehn Jahren begann eine neue Phase in der Geschichte unserer Nation. Die Menschen hier in Erfurt, in Thüringen, in den neuen Ländern schafften mit ihrem Mut und ihrer Besonnenheit etwas, was es in der Geschichte unseres Landes noch nicht gegeben hat: eine friedliche Revolution. Das Unterdrückerregime der SED wurde hinweggefegt, und die Mauer fiel. Heute kandidiert gegen Eberhard Diepgen in Berlin jemand, der am 10. November 1989, als Helmut Kohl mit seinem Punkte-Programm die Wiedervereinigung eingeleitet hat, noch gesagt hat: „Ach, es geht hier nicht um Wiedervereinigung; es geht hier nur um ein Wiedersehen.“ Wir sollten das alles nicht vergessen. So lange ist das noch nicht her. Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit solchen Sozialdemokraten wäre die Einheit nicht gelungen.

Hier sage ich deswegen mit einer Nachdrücklichkeit, die mir hoffentlich heute gegeben ist, dies: Die Union ist die Partei der Einheit. Helmut Kohl ist der Kanzler der Einheit. Wolfgang Schäuble ist der Architekt der Einheit. Die CSU unter Franz Josef Strauß hat mit dem Gang nach Karlsruhe 1972 einen Grundstein für die Einigung gelegt, die nicht so leicht gewesen wäre, wenn wir dieses Bundesverfassungsgerichtsurteil nicht gehabt hätten, wenn wir an die Entwicklungen im Jahre 1989 denken. CDU und CSU sind die Parteien der Einheit. Wir haben niemals gewankt und niemals gewackelt. Wenn ich in diesem Zusammenhang an andere denke, könnte ich Ihnen hier gewissermaßen Legionen erzählen. Das muß man den Menschen sagen.

Deswegen sage ich aus dem südlichsten Lande Deutschlands, das sich immer als föderalistisch, aber zugleich auch immer als ein harter Verfechter der nationalen Einheit verstanden hat, dies:

Wir sind stolz auf die Einheit Deutschlands. Die Menschen hier in den neuen Ländern haben Großartiges geleistet. Sie haben aus eigener Kraft Freiheit und Demokratie errungen. Das muß man auch den Menschen bei uns, in den alten Ländern, immer wieder deutlich sagen. Die Union war in der Stunde der Einheit die gesamtdeutsche Kraft. Wir sind diese Kraft auch heute und bleiben sie in Zukunft. Das müssen wir den Menschen jeden Tag aufs Neue vermitteln. Wir müssen die Menschen dort abholen, wo sie sind. Wir müssen ihre Sprache sprechen und die Köpfe und Herzen der Menschen erreichen.

CDU und CSU sind Volksparteien im besten Sinne des Wortes. Dafür steht die Union: für die Interessen der Menschen, vor allem auch der kleinen Leute. Ich betrachte gerade die CDU und meine Partei als Interessenswahrer der kleinen Leute. Ich bin stolz - das darf ich, so glaube ich, sein -, daß bei den Landtagswahlen in Bayern nicht nur 50 Prozent der 18- bis 21jährigen CSU gewählt haben, sondern auch 47 Prozent aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und fast 40 Prozent aller gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Dies müssen wir für ganz Deutschland erreichen.

Die Union steht für deutsche Interessen in Europa. Die Union steht für ein Europa der Bürger und der regionalen Vielfalt. Die Union steht für soziale Marktwirtschaft, sie steht für das liberal-konservative Menschen- und Familienbild, und sie steht für den Zusammenhalt der Schicksals- und Solidargemeinschaft in Heimat und Nati-

on. Die Menschen wollen eine verlässliche und ehrliche Politik. Sie wollen eine Politik, die ihre Sprache spricht, und Persönlichkeiten, denen sie vertrauen können. Das bietet die Union.

Liebe Freunde, 1999 ist ein wichtiges Wahljahr. Das wird Schröder zunehmend zu spüren bekommen. Wie sagte Herberger? „Nach dem Spiel ist vor dem Spiel.“ Nach der Wahl am 27. September ist vor der Wahl. Rot-Grün hat in Hessen verloren – aber Deutschland hat gewonnen!

Laßt uns gemeinsam kämpfen, damit es am Ende diese Jahres heißen wird: Hessen war nur der Anfang. Gemeinsam können wir es packen.

Am 13. Juni, bei den Europawahlen, muß eine klare Mehrheit der CDU gegenüber der SPD her. Wir sind die Partei, die europäische und deutsche Interessen gerecht bündelt. Das müssen wir an die Menschen herantragen.

Ich werde bei all den Wahlen meinen Beitrag leisten. Denn auch Bayern geht es letzten Endes nur gut, wenn Bonn wieder anders regiert wird. Deswegen muß ich mich einsetzen.

Am 6. Juni in Bremen mit Hartmut Perschau! Am 5. September – eine ganz interessante Wahl – müssen wir es mit Jörg Schönbohm schaffen, die absolute Mehrheit der SPD zu brechen. Im Saarland werden wir mit Peter Müller in die Wahl ziehen. Wer kandidiert eigentlich für die SPD im Saarland? Ist es Herr Klimmt, oder ist es Herr Lafontaine? Wer regiert da eigentlich? Dort kommt man aus dem Ruhestand zurück und geht wieder in den Ruhestand, anschließend kommt man noch einmal wieder. Das alles kann man ändern, wenn man die CDU im Saarland zur stärksten Partei macht. Das ist unsere Aufgabe.

Auf den 12. September, die Wahl in Thüringen mit Bernhard Vogel, habe ich schon abgehoben. Und am 19. September wollen wir – ich bin ja nicht despektierlich – alles



dazu tun, daß König Kurt König Kurt bleibt.

Damit man König sein kann, braucht es eine eigene Mehrheit. Am 10. Oktober geht es mit Eberhard Diepgen um die Bundeshauptstadt Berlin.

Dann kommen zwei große Finale im Jahr 2000. In Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen geht es letzten Endes um ganz entscheidende Weichenstellungen. Ich sage: Hier haben wir optimale Chancen. Ich wünsche Dir, lieber Volker Rühle, alles Gute. Wenn Du meine Hilfe brauchst, dann werde ich, wie ich nur kann, sie Dir zur Verfügung stellen.

Ich wünsche, daß Du die Riege der Ministerpräsidenten für die CDU erweiterst. Ich wünsche Dir alles Gute. Und dann noch der Kollege Rüttgers! Das ist so ein Traum, den ich habe: eine kräftige Regierungsbank im Bundesrat.

Das muß unser Ziel sein in diesem und im nächsten Jahr: die Bundesratsbank entscheidend zu verändern, sie mit attraktiven Köpfen zu besetzen, die auch etwas in den Köpfen drin haben.

Mein Schlußsatz: Rot-Grün und PDS machen eine Politik von gestern. Den Unionsparteien, den bürgerlichen Parteien – mit all ihrer Flexibilität – gehört die Zukunft. Wir sind die moderne Kraft in den Ländern. Wir sind die moderne Kraft für Deutschland. Und wir sind die moderne Kraft für Europa. Die kleine Schwester will alles dazutun, daß die kleine und die große Schwester zusammen die entscheidende Kraft in Deutschland und in Europa werden bzw. wieder werden.

Alles Gute und herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Lebhafter langanhaltender Beifall)

Wolfgang Schäuble:

Vertrauen und Verlässlichkeit schaffen die Bereitschaft bei den Bürgern, unsern Weg mitzugehen

Wir haben in diesen zwei Tagen einen ungewöhnlich guten und erfolgreichen Parteitag zustande gebracht. Dafür danke ich vor allen Dingen Ihnen, den Delegierten des 12. Parteitages der CDU Deutschlands.

Wir haben heute eine spannende Situation. Die einen sagen, wir zeigten zuviel Euphorie und wir sollten nicht glauben, daß wir uns selbstzufrieden zurücklehnen könnten, weil wir die Probleme schon gelöst hätten. Die anderen sagen, soviel Begeisterung habe es nicht gegeben. Wie soll denn die Situation auch anders sein? Die Realität bleibt bestehen, daß wir am 27. September 1998 von den Wählern in Deutschland beauftragt worden sind, eine gute Opposition zu sein. 16 erfolgreiche Jahre unter der Verantwortung von Bundeskanzler Helmut Kohl sind damit zu Ende gegangen. Deshalb will ich zum Schluß noch einmal ein besonderes Wort der Verbundenheit zu Helmut Kohl sagen.

Wir haben diesen Oppositionsauftrag angenommen. Früher haben wir drei Jahre dazu gebraucht; am 27. September dauerte es keine 30 Minuten. Auch dies war ein großer Dienst von Helmut Kohl, den er für unsere Partei und für die Demokratie in unserem Lande geleistet hat. Auch daran muß man erinnern.

Wir haben uns jetzt auf den Weg gemacht. Für diesen Parteitag in Erfurt hatten wir uns vorgenommen – nach meiner Überzeugung ist es uns gut gelungen –, nicht alle Debatten zum

Abschluß zu bringen. In einer Demokratie ist der ständige Prozeß der Diskussion, der Meinungsbildung und des Austausches von Argumenten ohnedies nie am Ende. Die „Erfurter Leitsätze“ sollen ein Arbeitsprogramm für die Union für die vier Jahre von 1998 bis 2002 darstellen. Wir haben uns über die Richtung vergewissert, die Schwerpunkte ausgewählt und uns Zeitpläne vorgegeben, in denen wir Entscheidungen treffen wollen.

Ich nenne drei Beispiele. **Erstens Familienpolitik.** Manche haben gefragt, ob wir

Aus dem Schlußwort des Parteivorsitzenden

diese Entscheidung nicht schon hätten gestern treffen sollen. Liebe Freunde, es zeichnet uns als CDU aus, daß wir gestern in der Debatte erst die unterschiedlichen Ansätze über die vor uns liegende Arbeit deutlich herausgearbeitet haben. Gleichzeitig nehmen wir uns aber vor, bis zum Ende des Jahres zu Entscheidungen zu kommen.

Mit dem Ende des Parteitages beginnt deshalb die Arbeit. Jetzt müssen wir auf der Ebene der Orts-, Kreis-, Bezirks- und Landesverbände und auf Ebene der Vereinigungen die Diskussion zur Familienpolitik aufnehmen, die gestern angestoßen worden ist, damit wir sie am Ende des Jahres



auf dem kleinen Parteitag zum Abschluß bringen können. So entsteht programmatische Arbeit, die das berücksichtigt, was wir mit dem Motto „Mitten im Leben“ meinen, nämlich Argumente und Positionen hinsichtlich der Bedenken mit anderen auszutauschen und allen Gruppen der Bevölkerung anzubieten, miteinander zu diskutieren.

Nur auf diese Weise wird es gelingen, die großen Veränderungen, die in unserem Land notwendig sind und notwendig bleiben, durchzusetzen. Im einzelnen kann das furchtbar schwierig sein. Wir konnten in den 16 Jahren, in denen Helmut Kohl Bundeskanzler war, gelegentlich ein Lied davon singen, wie stark die Widerstandskräfte sind. Wie gut wir gewesen sind, sieht man daran, wie schlecht die anderen in den ersten 100 Tagen waren. Aber darüber haben wir auf diesem Parteitag genug gesprochen. Nächste Woche, wenn nicht schon morgen, geht die Debatte weiter.

Die Veränderungen, die wir schaffen müssen, um das Ziel Arbeit für alle zu erreichen, bedürfen intensiver Beteiligung aller Gruppen der Bevölkerung, damit die Bevölkerung sie nicht ablehnt, nur weil sie nicht versteht, warum die Veränderungen sein müssen. Wer die Ökosteuer oder die Neuregelung der 630-Mark-Verträge nur als Abkassiermodell ohne jeden Sinn und Verstand verwendet, der wird natürlich nicht Innovationsbereitschaft, sondern nur Stillstand fördern. Deswegen müssen wir die Diskussion gründlich anlegen.

Wir müssen im Rahmen des Ziels Arbeit für alle – dies gilt für alle Facetten von der Steuerpolitik bis zur Weiterentwicklung unserer sozialen Sicherungssysteme und der Flexibilisierung des Arbeitsrechts – bessere Schnittstellen zwischen Transfer- und Arbeitseinkommen schaffen. Anders geht es nicht. Leistung muß sich lohnen; man muß mehr Geld haben, wenn man arbeitet. So einfach ist die Wahrheit. Trotzdem ist es unendlich schwierig, entsprechende Konsequenzen zu ziehen.

Zweitens die Bildungspolitik. Annette Schavan, im Rahmen der Reform von Schule und Hochschule haben wir bis zum nächsten Jahr ebenfalls eine Menge vor.

Wir haben es ja gestern an der Debatte über die Hochschullehrer gesehen. Manche plädierten dafür, diese Frage gleich zu entscheiden, und fragten, ob wir nicht Manns genug dafür seien? Übrigens ist dieser Ausdruck „Manns genug“ auch problematisch; es müßte heißen Mann und Frau genug, um zu entscheiden.

Aber vielleicht ist es der bessere Weg, daß wir den Mut zu entscheiden mit der Bereitschaft, nachzudenken und mit allen in unserer Bevölkerung zu sprechen, verbinden. Deswegen glaube ich, daß es richtig ist, daß wir mit den Erfurter Leitsätzen die Richtung vorgeben und uns die Themen, bei denen wir nach unserer Überzeugung schwerpunktmäßig unsere Programmatik und das Land voranbringen wollen, als Ziele setzen und den Zeitrahmen bis zur Verwirklichung dieser Ziele ausschöpfen, um so in unserer Partei darüber breit diskutieren und gemeinsam Lösungen erarbeiten zu können.

Auch ein Drittes halte ich fest: Weil wir in den Grundfragen einig sind, können wir mit großer Gelassenheit an die Sachfragen herangehen und unterschiedliche Meinungen austauschen, ohne gleich Angst haben zu müssen, das sei ein Zeichen von Zerstrittenheit.

Zerstrittenheit ist etwas ganz Schlechtes für die Akzeptanz jeder politischen Gruppierung. Eine Partei, die sich ihrer Grundlagen sicher ist, und eine politische Gemeinschaft, die ihren Kompaß hat, kann sehr wohl um jede einzelne Frage leidenschaftliche Debatten führen. Das haben wir auf diesem Parteitag getan. Ich danke allen, die sich daran beteiligt haben, und allen Delegierten, die gestern und heute mit vorbildlicher Disziplin an diesen

intensiven Beratungen teilgenommen haben. Ich bin stolz auf die CDU Deutschlands, auf diesen Parteitag und auf die Delegierten.

Ich bin sehr froh über die heutige großartige Rede von Edmund Stoiber, meinem jüngeren Kollegen als Parteivorsitzender – ich habe es ja gestern gesagt, daß ich von den Vorsitzenden der großen Parteien in Deutschland derjenige mit der längsten Dienstzeit bin.

Gegenüber denjenigen, die diesen Parteitag kommentieren und bewerten – das ist ja ein wichtiger Dienst in einer offenen und pluralistischen Demokratie –, halte ich fest, daß diejenigen, die die Sorge gehabt haben, die Union, CDU und CSU, könnte sich auf Grund der neuen Rolle als Opposition im Bund aus populistischen Gründen, aus Schwäche oder aus Dummheit von ihrer Grundsatzorientierung als der großen Partei der Westintegration und der europäischen Einheit entfernen oder CDU und CSU könnten in Streit, Eifersüchteleien oder Profilierungswettläufen untereinander ihre Kräfte verzetteln, gestern und heute eines Besseren belehrt worden sind. Die Einigkeit ist das beste Kapital, das wir haben.

CDU und CSU haben nur gemeinsam als Union, als große Volksparteien, die sich von den Sozialausschüssen bis zum Wirtschaftsrat, von der Senioren-Union bis zur Jungen Union, vom Evangelischen Arbeitskreis bis zur Frauen-Union erstrecken – das ist jetzt keine Wertung – und zur Mitte hin integrieren, die Chance, wieder die bestimmende politische Kraft in Deutschland zu werden und in dem Wettlauf, wer die bestimmende Kraft in Deutschland sein wird, wettbewerbsfähig zu sein.

Das erstere sind wir noch nicht. Wir stellen in Deutschland im Moment die Opposition. Aber wettbewerbsfähig um Platz

eins in der deutschen Politik ist die Union schon ein paar Monate nach der Bundestagswahl wieder geworden. Wenn es noch einen Zweifel daran gegeben hätte, dann hat der Parteitag in Erfurt das Gegenteil bewiesen.

Das ist ein hohes Gut und die wichtigste Voraussetzung dafür, daß wir unseren Auftrag weiterführen. CSU-Vorsitzende, lieber Edmund Stoiber, sind auf CDU-Parteitag immer freundlich behandelt worden. Das ist die Liebe der großen Schwester zur kleinen. Sie werden aber vielleicht auch gespürt haben, daß es nie besser war, als es heute war. Auch ich fühle mich umgekehrt bei der CSU immer sehr wohl. Vor ein paar Wochen waren wir ja erst in München auf dem großartigen Parteitag zusammen, auf dem Sie gewählt worden sind.

Ich sage es jetzt ganz ruhig und mit Bedacht: Die inhaltliche Übereinstimmung zwischen CDU und CSU bei ihren Parteimitgliedern und auch in den Sachpositionen der Vorsitzenden war nie größer als am heutigen Tage. Auch dafür danke ich Edmund Stoiber.

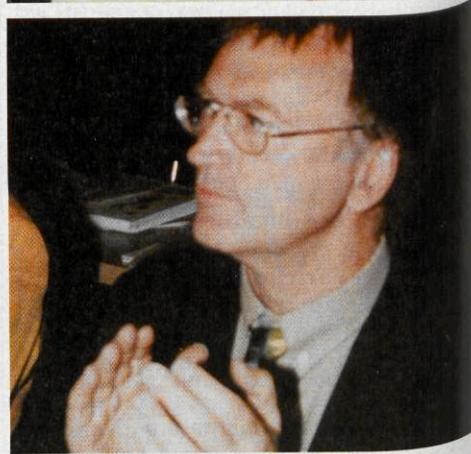
Nun haben wir nicht nur unsere Erfurter Leitsätze, sondern auch unsere Leitlinien für die Europawahl. „Europa muß man richtig machen“ – das ist wahr. Natürlich bedeutet das eine Menge Arbeit, unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger davon zu überzeugen, daß die Wahl des Europäischen Parlamentes für die Zukunft unseres Landes und für die Zukunft Europas ungeheuer wichtig ist. Im Ministerrat haben wir zur Zeit eher zu viel rot. Wie das in der künftigen Kommission aussehen wird, lasse ich noch einmal dahingestellt. Das Europäische Parlament wird wichtiger; es ist schon viel wichtiger, als es manche unserer Mitbürger wahrnehmen. Für den weiteren europäischen Weg wird es aber ganz entscheidend sein, daß die Politik der Union im künftigen Europäischen Parlament eine Mehrheit findet. Dafür

müssen wir in den kommenden Wochen bis zum 13. Juni arbeiten. Es bleibt eine Menge zu tun.

Es ist viel gute Arbeit geleistet worden. Ich danke allen, die an der Formulierung und der Verabschiedung des Leitantes mitgewirkt haben, herzlich für diese Arbeit. Vor allem danke ich Volker Rühle, der uns unsere europäische Programmatik in ihrer grundsätzlichen Bedeutung heute vormittag klar vor Augen geführt hat. Da liegt unser Weg. Liebe Freunde, wir werden es schaffen.

Die schrecklichen Ereignisse im Kosovo zeigen, wie wichtig es ist, daß wir die Ziele, die von den Gründungsvätern in den Konzentrationslagern der Nazi-Zeit vorgedacht worden sind und für die die Union nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet worden ist, nicht aus den Augen verlieren: Frieden, Freiheit, Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit zu sichern und nie wieder Diktatur und Barbarei zuzulassen. Wenn wir dieses erreichen wollen, ist die weitere Arbeit an der Einigung Europas, die Schaffung eines Europas, in dem überall Frieden, Freiheit und Menschenrechte herrschen, die wichtigste Aufgabe für CDU und CSU am Ende dieses und an der Schwelle zum kommenden Jahrhundert. Dem bleiben wir treu.

Es bleibt viel zu tun. Die letzten Tage mit den schrecklichen Erfahrungen im Kosovo zeigen es. Aber diese Ziele bleiben richtig und notwendig. Deswegen stehen CDU und CSU als politische Kraft klar zu diesen Zielen und ziehen gleichzeitig auch Grenzen. Unsere Parteien arbeiten daran, auf dem Weg der Einigung Europas das zu sichern, was den Menschen auf dem Balkan in diesen Tagen vorenthalten bleibt. Daraus wächst unsere Verantwortung. Weil bei uns aber über die Grundlinien und Grundwerte Klarheit herrscht, sind wir auch verlässlich.



Deswegen wechseln wir unseren politischen Kurs und unsere Programmatik bei aller Bereitschaft zur Erneuerung nicht jeden Tag, wie andere Leute vielleicht die Unterwäsche, sondern halten klaren Kurs. Aus Vertrauen und Verlässlichkeit entsteht auch die Bereitschaft bei den Bürgern, diesen Weg mitzugehen. Auf diesem Weg sind wir in Erfurt ein gutes Stück vorangekommen. Dafür möchte ich danken.

Es bleibt das Ziel, für Einheit, Frieden und Freiheit in Europa, in unseren wunderschönen Bundesländern und in dem besonders schönen Thüringen, aber auch in unserem vereinten deutschen Vaterland weiterzuarbeiten.

Es ist zu Recht daran erinnert worden: Wir sind die Partei der deutschen Einheit. Solche Sätze haben wir immer mehr als Verpflichtung und Auftrag denn als Selbstlob verstanden. Im Rahmen dieser Verpflichtung und dieses Auftrages wollen wir auch weiterhin die Partei der deutschen Einheit sowie die Partei der europäischen Einigung bleiben.

Deswegen, liebe Freunde, lassen Sie uns diesen Parteitag – wie es große Tradition der Christlichen Demokratischen Union Deutschlands ist – mit dem Lied der Deutschen schließen: Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland. – Herzlichen Dank.

(Beifall – Die Anwesenden erheben sich und singen die Nationalhymne)

Roland Koch neuer Präsident des Bundesrats

Der Bundesrat hat am 30. April in Bonn den hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch einstimmig zu seinem neuen Präsidenten gewählt.

Koch folgt damit nach dem Regierungswechsel in Hessen seinem Wiesbadener Amtsvorgänger Hans Eichel auch an der Spitze der Länderkammer nach. Koch steht dem Bundesrat bis zum Ende des laufenden Geschäftsjahres der Länderkammer am 31. Oktober vor.

Nach seiner Wahl betonte Koch, daß er zu einer „fairen und sachlichen Zusammenarbeit“ mit dem Bundestag und mit der rot-grünen Bundesregierung bereit sei. Er unterstrich, die jetzige Zusammensetzung des Bundesrates nach dem Wahlsieg der CDU in Hessen verhindere die „Arroganz



der rigorosen Durchsetzung einer bestimmten Meinung“.

Zugleich verhindere sie „die Arroganz einer einfachen Blockade“. Gefragt sei vielmehr „das Ringen um den Kompromiß“. Dieser habe die größte Chance, dauerhaften Erfolg zu bringen.

Die Junge Union Deutschlands sucht für die Zeit des Erziehungsurlaubs der Stelleninhaberin zum 1. Juni 1999 für die Bundesgeschäftsstelle in Berlin eine/einen

Bildungsreferent/in – Wissenschaftliche/n Mitarbeiter/in

Aufgaben:

- Vorbereitung und Durchführung von Seminaren und Fachkongressen
- Zusammenstellung und Erarbeitung wissenschaftlicher Grundlagen für die Arbeit der Gremien des Bundesverbandes
- Entwurf von Referaten, Texten für Veröffentlichungen, Resolutionen und Beschlußvorlagen für den Bundesvorstand.

Anforderungen:

- abgeschlossenes Hochschul-/ Fachhochschulstudium
- möglichst Erfahrung in der gesellschaftspolitischen Arbeit
- sicherer Umgang mit Internet und E-Mail
- Mitgliedschaft in der Jungen Union
- Höchstalter 30 Jahre.

Vergütung:

- in Anlehnung an BAT.

Schriftliche Bewerbungen einschließlich aller üblichen Unterlagen sind an die Bundesgeschäftsstelle der Jungen Union Deutschlands, z.Hd. Bundesgeschäftsführer Ulrich Burger, Inselstr. 1b, 10179 Berlin-Mitte, zu richten.

Europawahl: Sonderbestell-Liste der Jungen Union

Kleinwerbemittel:

Aufkleber („Wir überschreiten...“, oval)	1/	0,70 DM/.....	DM
Aufkleber in Sternform (JU-Stern)	1/	0,60 DM/.....	DM
Buttons („Wir überschreiten...“, rund)	1/	1,10 DM/.....	DM
JU-Pin (Motiv: Stern)	1/	0,50 DM/.....	DM
Radiergummis (Motiv: Stern)	1/	0,60 DM/.....	DM
Kugelschreiber „Wir überschreiten...“	10/	6,00 DM/.....	DM
Lutscher (bedruckt mit Stern-Motiv)	100/	20,00 DM/.....	DM

Plakate:

Rahmenplakat „Wir überschreiten...“ DIN A 1	1/	0,70 DM/.....	DM
Rahmenplakat „Wir überschreiten...“ DIN A 2	1/	0,60 DM/.....	DM

Broschüren:

„Europa für eine neue Generation gestalten“ (Leitantrag Deutschlandtag 1998)	1/	2,50 DM/.....	DM
Informationen zur politischen Bildung – Europa –	1/	2,20 DM/.....	DM

Faltblätter:

„Europa – Kerntesen“	10/	5,00 DM/.....	DM
Themenflugblatt „Menschenrechte“	10/	3,00 DM/.....	DM
Themenflugblatt „Umweltschutz“	10/	3,00 DM/.....	DM
Themenflugblatt „Bildung“	10/	3,00 DM/.....	DM
Themenflugblatt „Freiheit & Sicherheit“	10/	3,00 DM/.....	DM
Rahmenflugblatt (DIN A 4)	12/	2,00 DM/.....	DM



Besteller:

- Bezahlung per Einzugsermächtigung
- da es sich um eine Bestellung über 200,- DM handelt, habe/n ich/wir einen Verrechnungsscheck in Höhe von 190,- DM beigefügt.

Kontoinhaber:

Bankverbindung:

Konto-Nr.:

BLZ :

Versandanschrift: (falls nicht identisch)

Telefon für evtl. Rückfragen:

Ort, Datum

Unterschrift

**Junge Union Deutschlands
Bundesgeschäftsstelle
Inselstraße 1b · 10179 Berlin**

**Tel.: 030/27 87 87-0
Fax: 030/27 87 87-20**



Das Info-Material zur Europawahl 99

● ArguKARTEN

- | | | | |
|-------------|---|---------|----------|
| 1581 | Argukarten-Set zur Europawahl (25 Karten) | 20 Sets | 29,90 DM |
| 1359 | Argukarten-Set zum Thema „Euro“ (13 Karten) | 20 Sets | 19,50 DM |

● FaltBLÄTTER

- 2599** Erstwählerprospekt
- 2596** Deutsche Aussiedler: 6 Fragen – 6 Antworten
- 2546** Europa: 10 Argumente für Europa
- 2570** Landwirtschaft: **ehre, WEM EHRE GEBÜHRT.**
- 2571** Innere Sicherheit: ... **gegen VERBRECHEN UND DROGENHANDEL**
- 2572** Demokratie und Bürgernähe:
ohne DIE MENSCHEN GEHT NICHTS.
- 2573** Bildungspolitik: **wissen WO'S LANGGEHT.**
- 2574** Arbeitsplätze: **mehr ARBEIT LÄSST SICH STEuern: MIT WENIGER STEuern.**
- 2576** Rentenpolitik: **Verlässliche POLITIK FÜR RENTNER UND BEITRAGSZÄHLER**
- 2578** Euro: **nur EIN STARKER EURO IST EIN GUTER EURO.**
- 2579** Europa: **neue ZIELE GEMEINSAM ERREICHEN.**

Die Faltblätter sind zu je 100 Expl. verpackt.
100 Expl. kosten 20,00 DM

● BROSchÜREN

- 5580** Europa ganz persönlich, DIN A6, 48 Seiten
50 Expl. 30,00 DM
- 5363** Zukunftsprogramm der CDU
50 Expl. 40,00 DM
- 5592** Europa muß man richtig machen. Beschluß des 12. Parteitages
50 Expl. 30,00 DM
- 5595** Erfurter Leitsätze – „Aufbruch 99“. Beschluß des 12. Parteitages
50 Expl. 30,00 DM

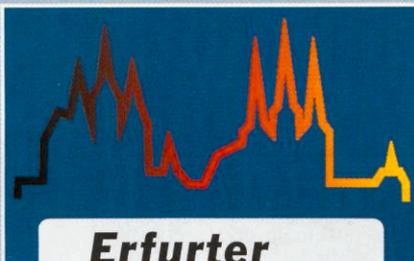


DIE BESCHLÜSSE DES 12. PARTEITAGES



Europa MUSS MAN RICHTIG MACHEN.

Beschluß des 12. Parteitags in Erfurt
25. bis 27. April 1999



Erfurter LEITSÄTZE

AUFBRUCH '99

Beschluß des 12. Parteitags in Erfurt
25. bis 27. April 1999



Alle Preise gelten zzgl. MwSt.
und Versand. Ab einem
Warenwert von 50,- DM
werden keine Versandkosten
berechnet.

Bestellschrift

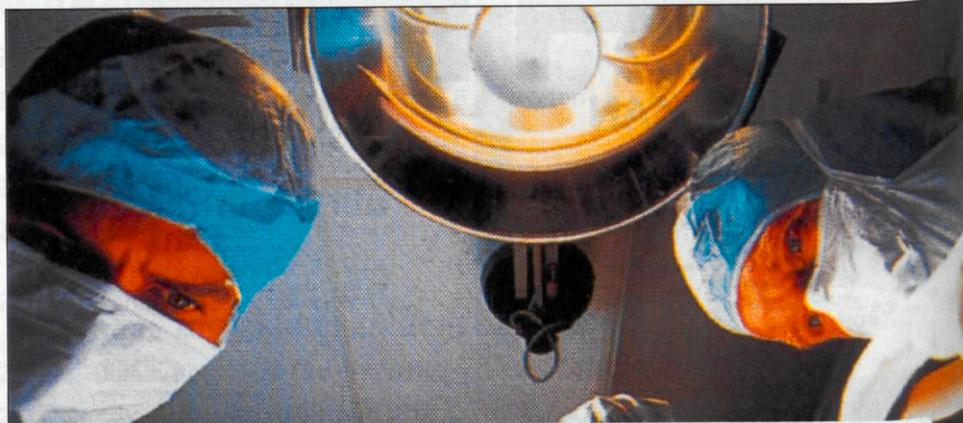
per Post: IS-Versandzentrum
Postfach 1465
59306 Ennigerloh

Fax: 0 25 24/91 13 10

E-Mail:
cdu-shop@bertelsmann.de



UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN
PVSt, DEUTSCHE POST AG
ENTGELT BEZAHLT.



**andere KÖNNEN AUCH NICHT STÄNDIG
»NACHBESSERN«, HERR SCHRÖDER.**

Politik muß man richtig machen.



CDU

mitten im Leben, mitten in Europa.

Das ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten.
Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie
sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle.

UiD

14/1999

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den In-
halt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg
Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon
(0228) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, Verlag:
Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113
Bonn, Tel. (0228) 53 07-0, Telefax (0228) 53 07-118/119.
Vertrieb: Tel. (0228) 53 07-1 89. Verlagsleitung: Bernd Pro-
fittlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr.
7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504.
(BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 60,- DM.
Einzelpreis 1,60 DM. Herstellung: VVA Vereinigte Verlags-
anstalten GmbH, Düsseldorf.